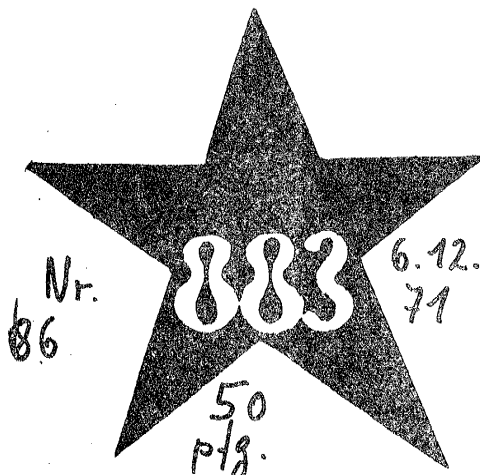


LENINISMUS:



Zusammenarbeit von mittelmäßigen
Intellektuellen
und mäßig revolutionären
Arbeitern



Revolutionäre Aktion

INHALT: RAF-Kritik - Bonnies Ranch - Aussperrung bei Daimler-Benz -
Lehrlingsorganisation - Neue Ausbildungsordnung für Erzieher und
Sozialarbeiter - CHILE: Ein Jahr danach - HANNOVER: Enteignet Üstra -
OPEL-NUSSELSHEIM: Entlassungen ...



GEGEN eine neue AUSBILDUNGS- ORDNUNG FÜR ERZIEHER UND SOZIALARBEITER

FFH - FFH, KINE NEUE AUSBILDUNGSORDNUNG
UND EIN HERR MARCUSE

Ein Kind hält den Mund!
In der Bismarckstrasse im Charlottenburg
steht, beschiden und unzufällig, im
Klassenraum gegenüber zu dem umliegenden
Apparatsbüro der Berliner Spek-
ulanten Mosch und den protzigen Bau-
und Verwaltungstürmen, eine Schule des
Friedrich-Fröbel-Haus. So am 11. des
Augusts Schicksal, so wichtig, was drinnen
vorgelitten dieses Kasten werden Erzieher
(Klassen), ausgebildet, also Klasseerzieher-
rinnen, „sozialpädagogische Fachkräfte“
für Heime, Jugendfreizeitheorie usw. Mit-
terweile sind es ca. tausend (!) Jugend-
liche (ab 17) und Erwachsene, (die früher
einem anderen Beruf hatten) die
hier zu Erziehern erzogen werden.

Was sollen sie in dieser Ausbildung ler-
nen? Genau darum ging es am 4.11. In die-
sem Tag sollte eine neue Ausbildungs-
ordnung beraten und faktisch beschlos-
sen werden. Nicht von den Schülern! Die
haben zu schlucken, zu parieren, hinaus-
nehmen, was von oben verordnet wird.
Schülerisch ist es ja im Klassenstaat
nicht üblich, dass die „Unternehmer“
die „Unternehmen“ nach ihrer Meinung
fragen, und ausserdem haben die Erzieher
zuerst einmal zu lernen, was sie später
weitergeben sollen.

Deshalb sollte die Beratung der neuen
Ausbildungsordnung heimlich über die
Bühne gehen. Hatten doch die Senatbi-
rokraten schon längst beschlossen, ihre
Vorstellungen von einer Erzieherausbil-
dung Realität werden zu lassen. An diesem
Tag wollten sie sich noch schnell ein
pseudo-demokratisches Mäntelchen umhängen:
die Schulleiter sollten Stellung nehmen
dürfen als „Vertreter“ der „Betroffenen“.
Besonders der Leiter des Friedrich-Fröbel-
Haus, ein gewisser Peter Marcuse, war all-
zu bereit, die Interessen der Schüler ver-
treten zu wollen, ohne diese aber zu fra-
gen. Er war sich seiner Sache so sicher,
dass er zu den Überletern Tricks griff, um
seine Stellung als „Bismarckianer“ In-
teressenvertreter zu retten:

Einige Schüler hatten am Vortag (Mittwoch,
1. Schultag nach den Ferien) Wind von dem
geplanten Bürokratenkomplott gekriegt.
Sie stellten den Direktor aus Bedauern-
lichkeit vermute ich, dass ich nichts“.
Dann wurde ihm das Flugblatt einer an-
deren Schule unter die Nase gehalten.
Man versuchte er, die Sache herunterzu-
spielen: es werde ja nur (!) beraten....
Mit derlei Sprüchen gelang es ihm, die
am anwesenden Schüler (ca. 30 Klassen-
sprecher wenigstens vorläufig) einzulul-
len.

Andererseits reagierte die Schüler des Pen-
talozzi-Fröbel-Hauses (FFH), einer „Pri-
vaten“ (vom Senat indirekt kontrollierten),
Schule (ca. 250 Schüler). Diese hatten in
einer Vollversammlung beschlossen, ihre
Interessen selbst wahrzunehmen und das
„Gespräch“ am 4.11. zu verhindern.
Die Senatbürokraten wollten sich im
Friedrich-Fröbel-Haus (FFH) zusammenho-
ken. So kamen am 4.11. ca. 150 Schüler des
FFH in die Bismarckstrasse.
Zunächst ging es darum, die Schüler des
FFH aus ihrem marcusianischen Schlaf zu
wecken. Ein prüffähiger Genosse setzte die
Feuerlatzringel in Gang, worauf sich ca.
250 FFH-Schüler solidarisierten. Die
anderen Hocksteiner z.T. von reaktionären
Lehrern eingeschickelt - weiterhin in
den Klassenräumen, wagt aber wenigstens
einen Blick aus dem Fenster in den
Schulhof, wohin sich die Demonstranten
nun begaben. Mit Sprechchören und per Me-
gaphon wurde der Abbruch der „Beratung“
gefordert. Die verängstigten Schulbüro-
kraten wussten von Anfang an, was auf sie
zukam: ein Go-1n.

Unbedingt
Roter Kalender 1972
für Lehrkräfte und Schüler
2. März
Wagenbach
lesen!

Diese offensichtlich Niederlage ver-
suchten sie zu vermeiden, indem sie sich
zunächst „zur Diskussion“ stellten, d.h.
sie versuchten, mit verwachsenen Vertrü-
stungen („Darüber bin ich nicht infor-
miert, aber ich will mich drum kümmern“),
und leeren Phrasengedrosch („wir wollen
doch alle eine optimale Ausbildung“ -
Eindruck zu schinden, Linkkopputanis-
tisch betont sie, dass doch einige Schü-
ler teilnehmen könnten).

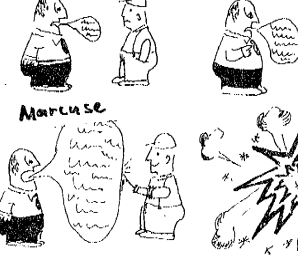
Ihre Sprechblasen nutzten ihnen aber
nichts: die Schüler blieben hart und
forderten den Abbruch der Sitzung und
eine hinreichend lange Vorbereitungs-
zeit um selbst eine Ausbildungsord-
nung zu entwickeln. Daraufhin wurde auch
abgegeben und ein Termin im Januar vor-
geschlagen.
Schüler und Lehrer aus allen Berliner
Erzieherschulen (FFH, FFH, Oberlin-Remi-
nar, Kath. Schule und Wichern-Stift), ver-
suchten nun, in einer ~~xxxxxxxx~~ Kom-
mission eine Ausbildungsordnung zu ent-
wickeln, die tatsächlich ihren Bedürf-
nissen entspricht.



DIE ROLLE DES DIREKTORS MARCUSE

Der schon erwähnte Direktor des FFH hat
bei diesen Vorgängen eine besonders fin-
stere Rolle gespielt:

Marcuse war im April 70 Leiter des FFH
geworden. Bereits seit 2 1/2 Jahren
wird in der Schulbürokratie an einer neu-



en Ausbildungsordnung „gearbeitet“. Hald
würde das noch ihm bekannt. Er begann ei-
frizig mit ~~xxxxxxxx~~ unter
sorgfältiger Abschrumpfung von den Betrof-
fenen an dem Machwerk mitzumachen. Da-
zu hielt er sich für kompetent, obwohl er
bis April Leiter einer Schule für das
„Oberbekleidungsgerwebe“ (also: Schnei-
der, Kirchener, Hutmacher usw.) war, denn
merke: „Wen Gott gibt ein Amt, dem gibt
er auch Verstand!“

erst als ihm von einigen Schülern (s.o.)
auf die Zehen getreten wurde, war er nach
anfänglichem Leugnen, Verdrähen und Ver-
harmlosen der Tatsache bereit, wenigstens
die eine Tatsache zu bekräftigen, dass
ein neuer Ordnung gearbeitet wird.
Dass er dies schon lange wisse und schon
lange mit den Schulbürokraten über die-
ser Sache brütet, hat er aber wohl weiss-
lich verschwiegen.
Auch sonst hat er sich als geschickter
Informationsopolist erwiesen. ~~xxxx~~
Z.B. hat er viele Schüler an das FFH
gelockt mit dem Versprechen, sie könnten
nach zwei Jahren an die Fachhochschule
für Sozialarbeit wechseln. Was er nicht
sagte: dass dazu eine Fachhochschulrei-
fepfung notwendig ist, dass an der Fach-
hochschule ein scharfer numerus clausus
besteht - kurz: dass sein lockendes Ver-
sprechen einen Dreck wert ist. Genauaus-
gedrückt könnte z.B. Schering Lehrlinge fürs
Labor anheuern mit dem Versprechen, sie
könnten später Medizin studieren!

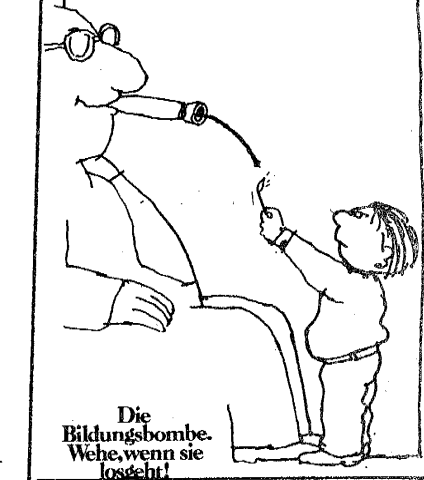
Man muss vermuten, dass seine an bürokrati-
schen Hierarchien und gesellschaftlichen
wachtstruktur-orientierte Fak-
torien nicht nur aus seinem persönli-
chen Karrierebedürfnis entspringt. Wenn
er nach „oben“ dienstbereit, kooperati-
onswillig und anpassungsfähig erscheint,
nach „unten“ Schülern und Lehrern: des
FFH gegenüber aber herrisch („entschei-
den kann ich alleine!“), „auslassend“ („was
wissen Sie denn schon!“) und gelegentlich
als gültige Autorität („Wird schon dabei,
das in Ihrem Sinn zu regeln“), dann hat
das wohl auch damit zu tun, dass sich
Marcuse als „linker“ SPD-ler versteht.
Gerade diese „Genossen“ haben ja (noch)
nicht (ganz) vergessen, dass die spät-
kapitalistische Gesellschaft in Klassen
zerfallen ist und dass dem „Klassen-
kampf von oben“ (Unterdrückung der Lohn-
abhängigen, Schüler und Studenten durch
Aussperrung, Konkurrenzsystem, Leistungs-
druck, Bürokratie, Polizei usw.) ein of-

fensiver „Klassenkampf von unten“ (Streik,
Verweigerung von Arbeiten, Forderung
nach Abschaffung des Notensystems, eigene
Interessenvertretung, Selbstorganisation)
entgegenzusetzen ist. Die Umwandlung der-
artiger Erkenntnisse in politische Praxis
ist aber inopprant (mit Unbequem-
lichkeiten verbunden), so wird versucht,
den Widerspruch zwischen Theorie und
Praxis durch Mausehelei und selbst-
ernannte Vertreterfunktion scheinbar auf-
zulösen.

Dieses sozialdemokratische Hollen-
spiel des P. Marcuse droht nun zu platzen. Es
wird allmählich deutlich, dass er im
Zweifelsfall die Interessen der Herr-
schaftseite wahrzunehmen bereit ist. Nun
versucht er mit letzter Kraft seine schein-
bar objektive Maklerrolle zu retten, indem
er das Gerücht ausbreitet, man hege in der
Bürokratie den Verdacht, die Demonstration
von 4.11. sei von ihm angezettelt!

Worum geht es in der neuen Ausbildungsordnung?

Ausbildungsordnungen haben scheinbar die
Funktion, die jeweilige Ausbildung ledig-
lich formal zu ordnen: also Voraussetzungen
(Hauptschul-, Realschulabschluss, Abi-
tuer usw.), die Länge der Ausbildung, das
Prüfungsverfahren und ähnliches werden defi-
niert. Ausserdem wird ganz pauschal der
Ausbildungszweck angegeben. Es werden also
unter dem Deckmantel der rein formalen
„ausserlichen“ Ordnung auch Inhalte fest-
gelegt, aber eben nur indirekt, verschlei-
ert. Beispiel: Demnach wird natürlich nicht
genau gesagt: Erzieher haben auszubildendes
Menschenmaterial zu erziehen - vielmehr
ist die Rede ganz allgemein von „Vorb-
ereitung auf die Aufgaben in der Gesell-
schaft“.



Die Bildungsbombe.
Wehe, wenn sie
losgeht!

nun sind in die alte (d.h. derzeit gültige)
Ausbildungsordnung offensichtlich „falsche“
Inhalte hineingerückt. Man hatte am 30.10.69
geschrieben: „Aufgaben als mündige Bürger
in einer... fortschreitenden Gesellschaft“.
...sich mit der gegebenen Situation der
sozialpädagogischen Einrichtungen... kri-
tisch auseinandersetzen“, usw., man hat die
Mitwirkung von Schülervertretern vorge-
sehen, man hat auch die unterrichtenden
Lehrer einbezogen.
Dies alles soll nun abgebaut werden zugun-
sten allgemeinerer Formulierungen, die so
allgemein gehalten sind, dass niemand mehr
genau weiss, was die Formulierungen nun ei-
gentlich bedeuten sollen. Für diese Zwei-
felfälle steht dann immer:
„... Zustimmung des Vorgesetzten...“, „im
Einvernehmen mit der Schulleitung...“ usw.
Kurz: die neue Ausbildungsordnung soll so
flexibel-nichtssagend sein, dass man immer
nur die „richtigen“ Leute an die richtige
Stelle zu setzen braucht, um die gewünsch-
ten Realitäten zu garantieren.
Die scheinbar neutrale Ausbildungsordnung
soll so formuliert werden, dass man sozi-
alistische Lehrer, kritische Schüler immer
mit einer dem Wortlaut möglichen andere,
nämlich kapitalistischen Auslegung wehren,
oder sonstige disziplinieren kann.

Denn merke:
Ein Kind hält den Mund!
Und den „Wätern“ Unternehmer, Staat und
Oberstudienrat gegenüber sind wir
doch alle Kinder - oder nicht?
Vielleicht nicht?
VIELE KINDER + WENIGE VÄTER: wer ist stärker!

Aus: Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit.
Kriegsgeneralversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des Gross-
berliner Riesenwahlkreises Teltow-Beskow-Storkow-Charlottenburg. „Genosse“
Schlieke (Teltow) „Als Generalwähler des Kriegsgeneral-Vorstellung des
sozialdemokratischen Wahlvereins des Grossberliner Riesenwahlkreises Tel-
tow-Beskow-Storkow-Charlottenburg fasse ich mich zusammen: wenn prussi-
sche Sozialdemokraten der Einladung in das „Reichsamt des Innern“ folgen,
und der Kaiser an dieser Besprechung teilnimmt, so ist das keine Verlet-
zung sozialdemokratischer Grundsätze. Auch der Genosse David handelte kor-
rekt, wenn er der Einladung des Kronprinzen folgte. Die Sozialdemokratie ist
eine revolut... (hustet)... (hustet)... (hustet)... (mit brüchiger Stimme) revolutionäre Partei.“
OLO-IRUPE
„Sie muss deshalb auch, wenn es die veränderten Verhältnisse erfordern, mit
alten Traditionen brechen.“
EIN ZWISCHENRUUF: „BEI HOP?!“
Schlieke: „Ich meine mit ihren eigenen Traditionen. Sie muss in ihren ei-
genen Reihen (mit brüchiger Stimme) revolutionieren. Sie ist: eine durch
und durch revolutionäre Partei.“ (lebhaftes Zustimmung)

REVO
HAND DRUGSTORE
Berlin, Schöneberg
Naturstr. 26
FRESKEN + SAUFEN
ER+POSTER+INFORMATION
2
883
Revolutionäre Aktion



Im kommenden Jahr sollen die Fahrpreise der hannoverschen Verkehrsbetriebe (ÜSTRA) um 2% angehoben werden. Nachdem vor 2 Jahren die kapitalistischen Unternehmen ÜSTRA die Fahrpreise auf 70 DM steigen wollte, soll nun der Preis von der inzwischen kommunalisierten ÜSTRA auf 80 DM (Sammlerfahrkarte) gesteigert werden. Damals wurde der Angriff von Tausenden hannoveraner abgeschlagen. Den ÜSTRA Kapitalisten blieb nichts anderes über, als den Betrieb so teuer wie möglich an die Stadt zu verkaufen. Heute wird versucht dasselbe zu erreichen, nur diesmal ausgestattet mit staatlicher Autorität. Doch darin liegt nicht nur die Schwäche, sondern auch die Stärke einer antikapitalistischen Politik, die gegen diese Fahrpreiserhöhung gerichtet ist. Die Herrschenden selbst sind zerstört. Wesentliche Argumente sprechen dafür, daß die kapitalistische Stadt wenn sie funktionieren soll billige Massenverkehrsmittel haben muß. Wesentliche Fraktionen innerhalb der SPD plädieren für den Null-Tarif in Bologna wurde in diesem Monat der Null-Tarif eingeführt. Selbst in Hannover konnte die Fahrpreiserhöhung nur mit einer knappen Mehrheit (129:121) über die Bühne gebracht werden. Ein Sprecher markiert die Stellung der Opposition folgendermaßen: "Die Förderung des Individualverkehrs ist die Fortsetzung der Eigenheimpolitik der CDU in den sechziger Jahren. Für eine sozialistische Politik muß klar sein: Die Förderung nach Null-Tarif ist eine radikal-reformistische Forderung. Sie muß gesehen werden als Forderung, die die funktionsgerechte kapitalistische Stadt funktionsgerechter machen soll. Sozialistische Politik muß darüber hinausgehend die Grundlage der pervertierten Verkehrssituation analysieren, um daraus eine sozialistische Perspektive der Stadt zu entwickeln."

FUNKTIONSTRENNUNG - DIE NOTWEN DIGKEIT DES VERKEHRS

Funktionstrennung bedeutet im Gegensatz zu einer differenzierten Nutzungsgemeinschaft, eine Aufteilung des Stadtgebietes in einfunktionale Gebiete: Gebiete in denen die Menschen wohnen, Gebiete in denen sie arbeiten, Gebiete in denen sie einkaufen, Gebiete in denen sie sich erholen sollen.

aber auch Karstadt, Kaufhof, Quelle, Neckermann & Co.

Grundlage der Funktionsentwicklung ist die freie Standortwahl kapitalistischer Unternehmen, auf der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Unternehmen, wie Banken, Versicherungen, Kaufhäuser etc. wählen selbstverständlich die Standorte in einer Stadt, die höchstmögliche Profitmaximierung gestatten. Diese Standorte liegen traditionell dort, wo sich wichtige Verkehrswege schneiden, wo also viele Menschen notwendigerweise verkehren müssen. Die profitorientierten Unternehmen können hier einersseits mit viel Publikum rechnen, andererseits läßt sich ihr Image aufbessern, durch Gebäude, die "im Herzen der Stadt" stehen. Charakteristisch für diese ganz besonders begehrten Grundstücke sind hohe Grundstückspreise, die wiederum zur Folge haben, daß sich an diesen Punkten nur Unternehmen ansiedeln können, die hohe Profite aus dieser Lage ziehen können. In Hannover liegen diese Preise in der Innenstadt bei 3000 DM/qm. Es ist klar, daß sich auf diesen Grundstücken für diese Versicherungen, Kaufhäuser etc. einrichten können. Für Wohnen ist in diesen Gebieten kein Raum. Diese werden ein-gerichtet weit außerhalb der Stadtgrenze liegend.

Die Einwohnerzahl der Stadt Hannover sank im Zeitraum von 1961 bis 1971 um rund 50 000 Einw.; von 577 000 auf 522 000 Einw. Der ungesicherte Bevölkerungsanteil zog vornehmlich in die außerhalb gelegenen, neu entstandenen Trabantenstädte (Mühlenberg (20 000 Einw.), Auf der Horst (10 000 Einw.), Miesburg usw. Von den 390 000 Arbeitsplätzen im Stadtgebiet von Hannover werden rund 1/3 nämlich 118 000 von außerhalb wohnenden Arbeitern genutzt. Berufsverkehr & Einkaufsverkehr - ein Wunder, daß der Verkehr in Hannover überhaupt noch funktioniert!

Auch andere Unternehmen bestimmen ihren Standort nicht nach volkswirtschaftlich vernünftigen Gründen, sondern unter egoistischen, privatwirtschaftlichen Aspekten. Eine Kooperation zwischen z.B. Wohnungsbaugesellschaften und Produktion betrieblichen kommt nicht zustande. Wohnung und Arbeitsplätze werden so weit auseinandergerissen. Die Folge: Lange Verkehrswege, die heute sich auf Grundlage des Individualverkehrs heiligt werden müssen.

Ein Autofahrer benötigt im Durchschnitt die 6- bis 8-fache Straßenfläche wie ein Fahrzeug im öffentlichen Verkehrsmittel, und der Flächenbedarf eines parkierenden Autos ist nicht viel geringer, als die durchschnittliche Wohnfläche eines Menschen.

Die Funktionstrennung fand auf dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte ihren Ausdruck in den jeweiligen Dogmen der Stadtplanung.

1898 entwarf ebenezer howard das gartenstadtdmodell als alternative zur großstadt, die ihm wegen ihres gefährlichen politischen potentialis, d.h. wegen der zusammenballung der lohnabhängigen auf relativ kleinem raum, mißfiel. Howard sah kleine autarke städte vor (bevölkerungsmaximum 30.000 Ew.) die mit einem grünländchen umgeben werden sollten. In diesen gartenstädten waren die einzelnen funktionen isoliert gedacht, d.h. industriebezirke, wohngebiete, flächen für schulen und kindergärten. Das zentrum sollten die geschäfte bilden. Durch verbesserte wohnbedingungen wurde arbeit und verkehr (luft/licht/sonne/grün), damit die bewußtwerdung der arbeitungsbedingungen und eine mögliche revolution verhindert.

Die City-beautiful-bewegung entstand 1893. Es war die idee eines repräsentativen, monumentalen zentrums, welches als einheit abgeschrimmt von der übrigen stadt - verwaltungs- und kulturbauten enthalten sollte.

Die Pläne gartenstadtdmodell und city-beautiful-bewegung hatten zum ziel, die arbeiter und von den strategisch wichtigen punkten, die in der abgegrenzten city konzentriert waren, zu isolieren. Bei bewaffneter auseinandersetzung erwären die kleinen arbeitergruppen in den gartenstädten leicht zu zerschlagen, die city leicht zu vertheidigen gewesen, d.h.:

STÄDTBAU HATTE UND HAT EINE SOZIALPOLITISCHE FUNKTION IM KLASSENKAMPF!!!

Das Gartenstadtdmodell und die Idee einer abgegrenzten City waren die Vorläufer des Prinzips der Funktionstrennung, das 1933 erstmals von der CIAM (Internat. Architektenverband) in der Charta von Athen formuliert wurde und nach dem 2. Weltkrieg zum Dogma für den Wiederaufbau wurde. Seinen Niederschlag fand es in der Baumzonenverordnung.

(31. Nov. 1968 waren in der City, d.h. im Kerngebiet nur Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonal, für Betriebsbesitzer und -leiter zugelassen, heute auch in Ausnahmefällen Wohnungen über die den Bedarf hinaus; BauNVO Nr. 7)

Die Funktionstrennung in der gegenwärtigen Stadt, d.h. die große Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz und die Entfernung der einzelnen Wohngebiete sowohl von der City als auch von anderen Wohngebieten, ermöglicht den Herrschenden, den einzelnen Arbeiter zu isolieren und den Kontakt zwischen den Arbeitern zu erschweren.

Außerdem bewirkt dies, daß Aggressionen, die durch die Entfernungen an Arbeitsplatz entstehen, in der Wohnung bei der Familie ausgelagert werden und sich nicht gegen die Ursache, d.h. gegen die Herrschenden selbst richtet. Im Gegenteil - das Haussein des Arbeiters von seiner sozialen Lage wird durch die immer stärker werdende Trennung von Wohnen und Arbeiten immer mehr zerstört. Zwar tritt diese Trennung schon mit der Entstehung von Fabriken auf, aber die wird verschärft durch die immer größer werdende Distanz zwischen Wohnung u. Arbeitsplatz. Diese räumliche Distanz drückt sich auch im Bewußtsein des Lohnabhängigen aus. In der Freizeit sphäre erfährt er Leid, das seine Ursachen in der Fabrik hat, d.h. durch die Entfernung der Arbeit, was nicht mehr auf diesen Bezug zurückzuführen. Es entsteht eine bewußtseinmäßige Trennung zwischen Wohnen u. Arbeiten, zwischen Freizeit- und Produktionssphäre.

Die funktionsgemischte Stadt wirkt nicht nur systemstabilisierend, sondern ebenso ist sie:

STADTSTRUKTUR IST DAS ABBILD DER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFTSSTRUKTUR!

Im Zentrum der Stadt dokumentiert sich in repräsentativen gebäuden herrschende politische und ökonomische Macht.

In Villenvierteln wohnt die herrschende Schicht. Die Masse der Lohnabhängigen ist in den modernen Trabanten-siedlungen kaserniert.

Bundesverkehrsminister Leber will bis 1985 insgesamt 175 Milliarden Mark für den Ausbau des Straßennetzes ausgeben und die autogerechte Stadt schaffen. Für die Förderung von Massenverkehrsmitteln sind kaum Mittel des Bundes vorgesehen. Kampf der Verdünnung unserer Stadt durch immer ausgedehntere Straßennetze! Kampf für die sozialistische Stadt!

INITIATIVGRUPPE JUGENDZENTRUM HANNOVER

In der letzten 883 hatten wir angekündigt, daß wir einen für Jugendliche zuständigen Stadtmenschen einladen wollten. Er ist tatsächlich gekommen und brachte auch gleich ein ganzes Haufen Sprüche mit. Z.B. erkannte er sehr richtig: "Sie wollen mit dieser Obrigkeit, mit den Herrschenden im Grunde genommen nichts zu tun haben, Sie wollen Ihre Bedürfnisse auf Ihre Weise befriedigen. Schön, Das ist ne Ansicht. Nur, dann wird ich ganz schön nach Konsequenz durchführen..." Das hatten wir sowieso vor. Die Stadt wird sich wundern, wie konsequent wir sind... Später fragt ein Genosse: "Können Sie denn mal die Bedürfnisse nach der hannoverschen Jugend aufzählen? Was haben die denn für Bedürfnisse?" Antwort: "Das wissen Sie ja viel besser." Das stimmt sogar. Einsichten über Einsichten.

Nachdem er uns klipp und klar gesagt hatte, daß er kein Haus für uns übrig hätte (die Pfadfinder haben schon eins gekauft und die Schreiberjugend auch und man kann ja nicht alle Extrawünsche erfüllen...), forderten wir das Haus der Jugend oder eins der Freizeittimo. "Das ist ne ganz klare Antwort: Nein, weil in diesem Hause sehr, sehr viel mehr Menschen verkehren als etwa dann nur Ihre Gruppe." Kein Kommentar... also nochmal: "Wieso wollen Sie uns das Haus der Jugend jetzt nicht zur Verfügung stellen?" "Ganz klar! In diesem Hause auch bestimmte Ordnungsprinzipien bewahrt bleiben müssen, in allen Gruppen." (Punkt). Punkt ist auch der Grund, wie wir werden sich selbst entlarvt. Wir werden die Konsequenzen ziehen, für uns selbst.

SCHWARZE HILFE

HANNOVER WOLFSBURG am 6. Dezember beginnt in mildesheim der prozess gegen die genossen der wolfsburger kommune "antiautoritäre erziehung", sowie gegen andere genossen, die in verbindung mit dieser gruppe stehen oder aber mit ihnen in verbindung gebracht worden. die justizknocche werfen ihnen: ZUNDELEI, WAFFENKLAU, ENTWEGNUNG & VERTEILUNG VON PRIVAT-EIGENTUM sowie ruhestörenden lärm (SPRENGSTOFFPATENT)

KEINE AMNESTIE für die Justiz! Freiheit für alle Gefangenen! der Sprengstoff-Lande

war sehen uns vor die frage gestellt, was es mit diesem prozess auf sich hat, welche funktion er erfüllen soll, wem er nützen, und wem er schaden soll um diese fragen beantwortet zu können, müßten wir vielleicht kurz die funktion der justiz und deren handlung urreißen. sie läßt sich folgendermaßen skizzieren: mit der einrichtung der kapitalistischen produktionsweise ändert sich die klasse, in deren besitz sich die produktionsmittel befinden, zwangens, diese

war Chefin

Produktionsweise und Verhältnisse rechtlich abzusichern, d.h. gesetzte aufzustellen, die regulator der kapitalistischen produktionsweise und die aufrechterhaltung der kapitalistischen produktionsverhältnisse garantieren. mit diesen gesetzten werden die für die aufrechterhaltung dieser gesetzte notwendigen organe geschaffen. durch die gewaltenteilung wird die funktion immer unerschütterlicher verloren, da diese ökonomischen verhältnisse gehen vorgang erweitert werden. der klassencharakter des rechts wird weiter dadurch verschleiert, daß das recht als interesseunabhängige, dem wolle aller dienende macht auftritt! voraussetzung für das reibungslose funktionieren der justiz und damit auch des unemenschlichen systems ist die ideologische bürgerlichen rechtswissenschaft. sie, die von der gesellschaftlichen wirklichkeit abstrahiert, produziert die notwendigen instrumente der klassenjustiz: richter, staats-

ES MUß KLAR SEIN: NICHT WIRD NICHT IM NAMEN DES VOLKES, SONDERN GEGEN DAS VOLK, IM NAMEN DER BESTEHENDEN KLASSE GESPRECHEN !!

Was für einen sinn hat der prozess gegen die wolfsburger genossen? hier wiederholt sich das schauspiel, das schon immer auf den menschen brethern der gerichte über die bündnisse: wieder einmal sollen politische geister, gruppen u. individuen, die die herrschende ordnung ablehnen, sich bekümmern! der herrschende prozess wird weiter durch den kriminalisiert, verurteilt, in zuchtstufen zu gesellschaftlichen entsprechenden beispiele ist die bundesweite hysterie gegen die R A F oder die permanente diskriminierung des SPK, das gruppentherapeutische arbeit verband mit konsequenter aufklärung über die gesellschaftlichen hintergründe von erkrankungen, und nach einhalb jahren praxis in die illegallität getrieben wurde. gegen dieser gesellschaftsordnung, wie auch die wolfsburger genossen, die für einen humanen, herrschafts- u. ausbeutungsfreien gesellschaft kämpfen, sollen zu kriminalisier abgestempelt werden, um sie von der bevölkerung zu isolieren und damit ihren einfluß auf diese zu verhindern.

PROZESSFRAGEN: 6.12.1971, 8.30 Uhr Landgericht mildesheim Der prozess wird verantwortl. sichtlich einleiten & tage dauern. Außerdem sind wir total platte - schickt uns GRD Stadtsparkasse Hannover Kto. Nr. 24132619, Wolf Durrweg.

von ULRICH BEGER, Wolfsburg, 12. Juni 1971. Eine Mütter von drei Kindern ist die Chefin einer (18-jährigen) Organisationskommission... KEINE AMNESTIE für die Justiz! Freiheit für alle Gefangenen! der Sprengstoff-Lande

Ein Autocar... war Chefin... Bild vom 12. Juni 71

Produktionsweise... war Chefin... Bild vom 12. Juni 71

Schweiz: LEHRLINGE GEGEN BONZEN



In der Umgebung der Stadt Zürich sind seit einiger Zeit Lehrlingsgruppen aktiv, die über eine nicht unehrbliche Anhängerschaft verfügen. Das hat bei Unternehmenschefs, Ausbildern und Berufsschullehrern zu einer heftigen Betrübnis geführt. In den Spalten der radikalen Presse, so z.B. dem Hausblatt der schweizerischen Monopole, der Neuen Zürcher Zeitung, wird Alarm gegeben.

Wir meinen, dass seit der vor einigen Monaten erfolgten Bunkerbesetzung in Zürich und der Proklamierung einer "Autonomen Republik Bunker" durch Lehrlinge und Jungarbeiter diese Bewegung eine Relevanz erlangt hat, die das Interesse und sorgfältige Studium von Westberliner und Westdeutschen Gruppen verlangt, welche im gleichen Bereich tätig sind.

Nicht ohne weiteres zu beantworten ist die Frage nach der zahlenmässigen Stärke der Bewegung. Für die Region Zürich ist nach einer Schätzung der Polizei mit einem "harten Kern" von 50 Leuten sowie mit 2500 Sympathisanten zu rechnen. Eine andere Schätzung geht davon aus, dass die revolutionären Gruppen in Zürich für Aktionen 700 bis 800 Lehrlinge zusammenzuzählen können. In der Lehrlingsgewerkschaft Zürich sind 130 Gewerkschaften organisiert. Diese Zahlen dürften sich, mit entsprechenden proportionalen Korrekturen, auf die übrige deutsche Schweiz übertragen lassen, wobei man im Sinne einer Paarskel davon ausrechnen kann,

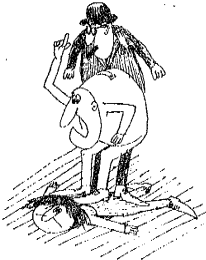
dass in jeder mittleren oder grösseren Stadt mindestens eine Gruppe am Werk ist, die sich selber als revolutionär versteht. An der Universität Zürich bildete sich eine neue Gruppe, die in enger Verbindung zur Ligne marxistische revolutionäre (einer ML-Gruppe) in der westlichen Schweiz steht, der grössten linken Gruppe.

In der Agitation ist der Einfluss aus Deutschland unverkennbar. Die Neue Zürcher Zeitung (20.11.) bemerkt dazu "... es kommen immer wieder wesentliche, auf eine Verhärfung hinczielende Impulse aus der Bundesrepublik. Bekannte deutsche Verlage liefern die theoretische Substanz, Taschenbücher und Zeitschriften die Schlagworte. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die "Betriebsibel" eines gewissen Bernd Kolb am Platz, die im Berliner Verlag Klaus Wagenbach erschienen ist. Diese "Hatschläge für die Taktik am Arbeitsplatz" - so der Untertitel - bilden die Diskussionsgrundlage an oder ersten von fünf Wochenendtagungen, die in diesem Herbst in der Umgebung von Zürich durchgeführt worden sind. Da an diesem Kurs etwa hundert Personen aus vorwiegend revolutionär gesinnten Kreisen teilnahmen, wäre es nicht verwunderlich, wenn die sehr konkreten und raffinierten Ratschläge für Betriebsagitation, die sich in der Betriebsibel finden, da und dort in der Praxis ihren Niederschlag finden. Ein Wochenende dieses Kurses, hinter dem der Atomkonnig Theo Pinker steht, hat in der Reformierten Hofmatt, Doldern ob Männedorf stattgefunden,

FORDERUNGEN

Allgemein wird die Verlängerung der Ferien gefordert, wobei häufig von 12 oder 13 Wochen die Rede ist, im Sinne einer Angleichung an die Mittelschulen. Einige Lehrlingsgruppen streben für alle Jugendlichen unter 19 Jahren ein Wohnheimschule mit Lehrwerkstätten, Berufsschule und Mittelschule an. Die Berufsschulzeit soll zugunsten einer stärkeren Betonung der allgemeinbildenden Fächer, worunter auch Unterricht über die Geschichte der Arbeiterbewegung verstanden wird, verlängert werden. Zugleich soll die betriebliche Arbeitszeit verkürzt werden. In einzelnen Flugblättern ist von der Abschaffung der Meisterlehre die Rede, an deren Stelle staatliche oder halbstaatliche Lehrwerkstätten zu treten hätten.

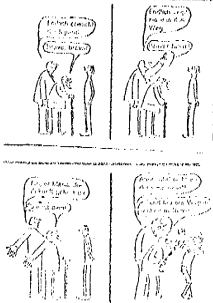
Es werden existenzsichernde Löhne von 500 bis 800 Franken oder sogar von mindestens 800 Franken vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Vorstellung der Elternunabhängigkeit eine Rolle: Jeder Lehrling soll die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Familie in autonomen Jugendkollektiven zu leben. Dazu sollen von Staat oder von den Betrieben Gelder zur Verfügung gestellt werden.



DIE REAKTION DER BONZEN

Zwar heisst man sich auf Unternehmenseite Testzustellen, es bestehe jedenfalls "momentan kein Grund zur Beunruhigung", dem widerspricht aber die hysterische Reaktion z.B. der NZZ, in deren Inlandteil immer öfter Artikel wie "Wühlarbeit der Neuen Linken" oder "Volkfronttendenzen" auftauchen. Kennzeichnend seien die Bemerkungen, das Wirtschaftssystem der Schweiz in einem Feindbild zu karikieren. "Mit Wort und Tat wird der Unternehmer... als kalter Rechner hingestellt, der Tag und Nacht an nichts anderes denkt, als an den Profit", sagt sich die NZZ, "ein Pamphletist versteigt sich zur Behauptung, die Macht der 200 Familien, die die Schweiz regieren, ruhe auf zwei Säulen, nämlich auf der Staatsgewalt, das heisst auf Zuchtanstalten, Erziehungsanstalten, Gerichten und Polizeikorps, sowie auf der Loyalität der Massen und ihrer Angst vor Veränderungen".

In der Schweiz wird die Macht bald nur noch auf einer dieser Säulen ruhen.



4

BONNIES: DER KAMPF DER LINKEN GEGEN EINE MITTELALTERLICHE BEWAHRANSTALT

Bonnie ist Mittelalter. Unausgebildetes Pflegepersonal, für das die Patienten immer noch einfache Irre sind, letztlich doch noch von Teufel besessen, obwohl er seit einigen hundert Jahren abgeschafft ist, schliessen hier Patienten ein, schützen die Gesellschaft vor wilden Tieren. Bei Bonnie wird selbstverständlich noch gefesselt, auch geprügelt. Das hat man allerdings nicht mehr so häufig nötig, gibt es doch die moderne Fesselungsmethode der Beruhigungsmittel (Valium etc.). Die alten Pfleger sind Könige in ihren Reihen und haben das beruhigende Wissen, menschlich weit über als ihre Patienten zu stehen. Die Chefsärzte haben viel freie Zeit. Wenn sie das Glück haben, ein Aufnahmehaus zu haben, profitieren sie auch materiell von der Gerichtsanweisung der Patienten: pro Gerichtsgutachten 25 Mark, das kann im Monat schon einige hundert bis 1000 RM ausmachen. Mit Valium halten sie sich die Patienten fern. In kollegensprachlichen Diskussionen ist weniger über Therapie, vielmehr erhalten sie die ordnungsgemässe Patientenverwaltung aufrecht.

KONFLIKT FIEGEL

In diese seit Jahrzehnten eingeübte Friedliche Gewaltmaschine kamen in den letzten Jahren immer mehr junges Personal, um Bonnie zu reformieren. Flegel trat seine Stelle im Mai an und hat in dem halben Jahr tatsächlich noch keinerlei ernsthafte Reformen durchgeführt. Bekannt war aber, dass er Reformen durchführen wollte, sein Name war mit dem Begriff der "therapeutischen Gemeinschaft" verbunden. Weniger die durchgeführten Reformen, als vielmehr die Gefahr, dass sich überhaupt irgendetwas ändern könnte, riefen die Reaktionen im Ärzte- und Pflegepersonal auf den Plan. Sie sehen nämlich Arbeit auf sich zukommen, sie mühten sich womöglich gar mit den Patienten auseinandersetzen.

Die altgedienten Oberpfleger sahen ihre Routine gefährdet und ihre Herrscherrolle gegenüber den Patienten. Also wurde noch vor dem ersten Ansatz zur Reform, gegen Flegel intrigiert. Der Stadtrat hatte seit der Wahl auf die SPD gewechselt, und Personalrat wie Chefsärzte sprachen mal bei ihren dortigen alten Kumpeln vor. Die sahen dann auch ein, dass das so nicht geht, offiziell liest sich das dann so: Flegel störe den Arbeitsfrieden, er könne eine "demokratische Leitungsfunktion" nicht ansüben, die Versorgung der Kranken sei gefährdet.

DIE PROGRESSIVE GRUPPE

Der "Sozialpsychiatrische Arbeitskreis" umfasst Leute aller Berufsgruppen und aller psychiatrischen Kliniken Westberlins. Faktisch wurde erst eine Woche vor der tatsächlichen Entlassung Flegels die progressive Gruppe aktiv: Es bildete sich ein Aktionsanschluss aus dem sozialpsychiatrischen Arbeitskreis heraus. In Bonnie wurde unter den Assistenzärzten und dem Pflegepersonal eine Unterschriftensammlung veranstaltet. Die Veränderung bei Bonnie wurde nicht als ein langer Kampf aller gesehen, vielmehr als eine Reform, die durch Senat und Flegel von oben her abgeschirmt bzw. eingeführt wird. Von daher ist die Personalisierung des ganzen Konflikts auf die Person Flegel klar. In der progressiven Gruppe und auch unter den Linken bei Bonnie wurde zwar manchmal die Gefahr für Flegel angesprochen, aber nie ernstgenommen. Die Resolution, für die Unterschriften gesammelt wurde, war so abgefasst, dass sie letztlich nichts besagte, außer, dass das Personal nicht informiert worden sei, es wurde quasi ein Verfassensfehler festgestellt (Das Personal war auch tatsächlich nicht informiert, auch nicht von Seiten der Progressiven, ein entscheidender Fehler, wie heute erkannt wird).

Trotzdem führte allein die Tatsache der Unterschriftensammlung

wieder zu heftigen Gegenreaktionen. Das Pflegepersonal bekam zu hören: Wenn Sie unterschreiben, könnte das üble Folgen haben! Diese Drohungen lösten Unruhe aus, aber auch große Empörung aus. Erst jetzt und dadurch wurde das Personal immer mehr in den Konflikt aktiv mit einbezogen. Die Entlassung Flegels war aber zu diesem Zeitpunkt, als das Personal nun wenigstens in großen Zügen wusste, worum es ging, bereits entschieden.

Die beiden Demonstrationen (am Rathaus Reinickendorf und auf dem Kudamm) trugen dann den Konflikt endlich in die Öffentlichkeit. Aus dem progressiven Inhalt des Konflikts war jedoch klar geworden, dass die erhobenen Forderungen nur linksliberal blieben: eine rote Fahne, ansonsten Parolen nach "verbesserte Psychiatrie", nach "Klinikkontrollen", die durch einen von außen eingesetzten Ausschuss durchzuführen seien, sogar noch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss! Den werden sie womöglich gar bekommen, denn die Senats-SPD unterstützt Flegel und möchte den Skandal Bonnie endlich reformiert sehen. Der Flegelkonflikt war ein wichtiger erster Schritt im Kampf gegen Bonnie Mittelalter. Bei der Kundnamdemonstration waren große Teile des Personals dabei und sogar vereinzelt Patienten. Damit ist vielleicht doch ein Ansatz gegeben, dass den progressiven Reformbestrebungen sich ein weiterreichender Kampf anschliesst, der die Grenzen der Psychiatrie sprengt und endlich die gesellschaftlichen Widersprüche mit einbezieht.

REINKOMMEN IST NICHT SCHWER!

Du wirst eingelleiert, wenn du straffällig geworden bist und Verdacht besteht, dass du aus psychischen Gründen für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kannst, oder du wirst eingelleiert, weil du dich selbst oder andere gefährdest.

Diese Behauptung kann jeder über dich aufstellen (liebe Nachbarn, rührige Verwandte, alte Bekannte). So etwas ist schnell diagnostiziert, besonders schnell bei Rauschmittelgenuss. Du wirst als abnorme Persönlichkeit deklariert. Das reicht! Oder gar Erregungszustände, Nahrungsverweigerung und dergl.

Der Richter ist vollkommen auf das Arztgutachten angewiesen, er kennt dich nicht und kann sich auch nicht jedesmal das medizinische Fachwissen erarbeiten. Diese Gerichtsverfahren sind eine Farce. Der Arzt hat mit seinen Disziplinierungsmaßnahmen freie Hand. Du bekommst deine Akte nie zu sehen, der Richter wird vor der Verhandlung informiert, du wirst trotz ausdrücklichem Verbot mit Medikamenten vollgestopft, so dass du garnicht merkst, was los ist. Der Richter verurteilt dich auf ein weiteres halbes Jahr, geht und nimmt deine Aggressionen gleich mit, denn selbstverständlich "bedauert" der Arzt, dass es "nicht geklappt" hat!

PIZZERIA

ab 18 Uhr

TERZO MONDO

Kantstr. 134a Tel. 315338

montags zu

BERLIN

AUSSPERRUNG BEI

DAIMLER BENZ

SOLIDARITÄTSSTREIKS

bei:



Die Bullen waren natürlich auch da

● Bosch - Fotokino (600 Arbeiter)

● Carl Hesse & Wrede (300 Arbeiter)

● Schindler AG

Wie Bosse verschwinden

Vor den Werkstatorn von Daimler Benz standen etwa 350 Leute rum. Ungefähr 300 waren Arbeiter, die gegen ihre Aussperrung protestierten. Dieser Teil der Belegschaft (von insgesamt 3 000) wollte sich nicht allein auf die beruhigenden Worte der Gewerkschaft, sie werde den Lohn schon einklagen, verlassen.

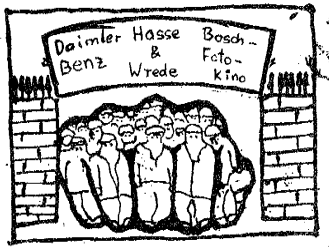
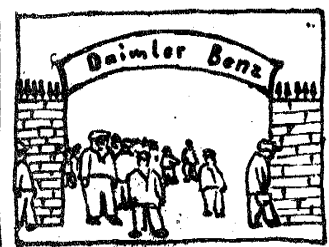
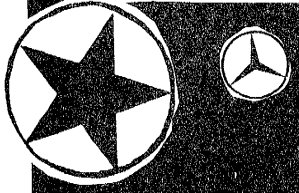
Den Rest bildeten Studenten bzw. Vertreter linker Gruppen wie 'Hochschulkampf', 883, 'Soziale Revolution', Basisgruppe Spandau und 'Gruppe Internationale Marxisten' (GIM).

Ein paar Arbeiter empfingen sie mit den Worten: "Was suchen denn die Langhaarigen hier? Das geht doch nur uns etwas an!"

Die Gründe für das Erscheinen der linken Gruppen waren ganz unterschiedlich. Sie reichten von einfacher Neugierde, dem Wunsch dabei zu sein, wenn es bei den Arbeitern losgeht über unbeteiligtes Beobachten bis zum Willen aktiv mitzumachen.

Einerseits kann man verstehen, daß viele Arbeiter Studenten von vornherein ablehnend gegenüberstehen, weil inzwischen schon beinahe jeder Berliner Arbeiter schlechte Erfahrungen mit "revolutionären Gruppen" gemacht haben dürfte. Diese "Revolutionäre" treten als die bewußte Vorhut des Proletariats auf, obwohl sie höchstens Vorhut der allgemein unsichergreifenden Verbündung der Linken sind. Von klassenkämpferischen Phrasen und elitären Organisationsfragen hat sich noch kein Arbeiter irgend einen Vorteil geschweige denn kämpferischen Anstoß bekommen.

Andererseits kann man daraus ableiten, daß diejenigen Arbeiter, die gar nicht erst diskutieren wollen, sich noch nicht vorstellen können, daß man solidarisch sein kann, auch wenn die unmittelbaren Interessen nicht berührt sind; einfach nur, weil man weiß, daß man auf der gleichen Seite steht.



Streik



EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN

FÜNF FINGER SIND EINE FAUST

KLASSENKAMPF

So sah es am Freitag ungefähr aus. Keiner traute sich das zu machen, was eigentlich gemacht werden mußte, das Werkster Blockieren, in die Fabrik hineingehen oder wenigstens die Mercedesornleuchtkelme kaputtzuschmeißen. Die Linken dachten: "Wenn - dann müssen das die Arbeiter machen! "Machte aber keiner. Damit schien für die Linke die Chose vor dem Daimler-Werkster erledigt. Am Sonntag wurde von Rhein-Ruhr-Theater im Jugendzentrum Kreuzberg ein Lehrstückstück gespielt. Anschließend kam Daimler in die Diskussion und es wurden 200 DM gesammelt. Am Montag früh waren dann über 30 Genossen vom Jugendzentrum und der Stadtteilgruppe Kreuzberg vor Daimler und versuchten, das Geld zu übergeben. Aber Gewerkschaft und Betriebsrat wollten das Geld nicht und verließen uns an die "Aktion Bergenkind". (Es war wohl ein Fehler, es ihnen überhaupt anzuheben zu haben). Da eine Zusammenhang zwischen "Aktion 8." und Klassenkampf unklar blieb, brachten wir am nächsten Morgen für das Geld Schnaps und heißen Kaffee mit.

Die Genossen brachten überall Kleber an und verteilten auch vor den Werken in der Nähe die Flugblätter des Jugendzentrums. Passiert ist nichts außer(!) daß Arbeiter und Linke gemeinsam zu diskutieren begannen. Von einer Abneigung gegen Langhaarige war nicht mehr die Rede. Das Ergebnis dieser gemeinsamen Diskussionen, auch in der nahegelegenen Kneipe, war am nächsten Tag, daß einige Arbeiter zusammen ein Flugblatt machten, das wir dann für sie druckten.

Am folgenden Tag verteilten sogar die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Flugblatt; denn es war schließlich ihr Flugblatt. Wir bildeten alle zusammen auf dem Gehweg ein Spalier. Alle Arbeiter und Angestellten, die noch arbeiteten und der Betriebsrat mußten hindurch und wurden kräftig angeplaut: "Ich wünsch dir frohes Schaffen - laß dir einen Schraubenschlüssel auf die Füsse fallen!" oder "Koffentlich bricht dir der

angespitzte Bleistift ab!"

Das Problem der Gruppe vor dem Tor ist, wie noch mehr Arbeiter zu einem gemeinsamen Handeln zu bewegen sind. Ein Arbeiter, der noch am Dienstag arbeiten "durfte", berichtete über seinen vergeblichen Versuch, die Kollegen drinnen zu einem Solidaritätsstreik zu bringen.

Die Gewerkschaft unternimmt wie immer - nichts! Die Selbstorganisation muß jetzt beginnen. Das ist aber in dieser Situation der Aussperrung viel schwieriger als bei Streik. Die Aussperrten bleiben seit dem Wochenende größtenteils zu Hause. Vor dem Tor versammelten sich 50-100 Arbeiter. Deren Zusammenhalt wird von Tag zu Tag besser. Aber sie können ihre anderen Kollegen nicht erreichen, weil die Gewerkschaft die Adressen nicht herausgibt. Hier zeigt sich ein besonderes Dilemma: Aktionen, die durch die Presse veröffentlicht würden und dadurch die anderen Arbeiter informierten, sind erst möglich, wenn sich die, die jetzt zu Hause sind, daran beteiligen.

Für Leninisten wäre, hätten sie von der Entwicklung dieser Woche Kenntnis genommen, die heile Welt des "Klassenbewußtseins von unten" zusammengebrochen. Aber dieser Gefahr bestehen sie sich erst gar nicht aus. Drei "Neue Heimat"-Typen (KPD/ML) beten lediglich ihr Zentralkomitee als dergleichen Verbissenheit an, was man sie seitdem von Wechselturmwärkern kennt. Ihre Schwermut unterbrechen sie nur gelegentlich mit einem unentzogenen Gesangs: "Organisiert euch in revolutionären Betriebskampfgruppen." Auch die drei Kickenlinienvorteiler (KPI/ML-Nordgarbe) hielten sich mürrisch im Hintergrund und verfolgten das gemeinsame Spalier von Arbeitern und Jugendzentrum mit abfälligen Blicken. Zweifellos der "Größe" war KPD/ML-Aufsichtsratsmitglied Neutke, wie er unauffällig in der Gasse stand und mit abgewandtem Fernblick entweder der ausgebliebenen KVV-Kollegen harpte oder aber die Breite der Straße für eine Unterstützungsparade abmaß.



ALLES FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!

STREIKS IN DER METALLINDUSTRIE AUSSPERRUNG BEI DAIMLER BENZ/BERLIN

Am Freitag vergangener Woche machte das Zweigwerk der Daimler Benz AG in Westberlin dicht. Offizielle Begründung der Unternehmensleitung: das Werk sei nicht mehr in der Lage, die erstellten Einzelteile abzusetzen und erhalten selbst auch keine Lieferungen, da die übrigen Produktionsstätten in Unterfranken, Mannheim und Sindelfingen bestrahlt würden. Weil das Werk nur über geringe Lagerungsmöglichkeiten verfüge, müsse die Produktion vorläufig stillgelegt werden. Zwecks Instandhaltung der Produktionsanlagen blieben 400 Kollegen - vor allem Angestellte - im Vertrag; die Mehrheit, fast 2000 Arbeiter, wurden kurzfristig auf die Straße gesetzt.

Der Beschluß zur Stilllegung traf die Kollegen unvorbereitet. Zwar hielt sich das Gerücht von der vorübergehenden Schließung der westberliner Zweigstelle im Zuge der Tarifauseinandersetzung schon einige Wochen, aber der Betriebsrat hatte keinerlei Maßnahmen ergriffen. Auf Anfragen der Kollegen erteilte er keine Auskunft. Eine Betriebsversammlung fand nicht statt. Am Mittwoch hing die Unternehmensleitung am Scherzen Brett einen Anschlag aus: DAS WERK SCHLIESST AM DONNERSTAG NACH DER SPÄTSCHICHT! Das Arbeitsverhältnis ruhe für die Zeit der Stilllegung, Löhne und Gehälter würden solange nicht gezahlt. Die Reaktionen der Arbeiter sind unterschiedlich: einige hatten sicherheitsbedingte Sorgen zurückgelegt, während vertrauen auf gewerkschaftliche Unterstützung, einige suchten Schwarzarbeit, einige wollen etwas unternehmen.

Am Donnerstag wird nicht mehr gearbeitet: die Kollegen stehen an den Maschinen und diskutieren, was zu tun ist. Klar ist: die Gewerkschaften werden vorläufig keine Unterstützungsgelder zahlen, weil es sich um eine Stilllegung, nicht um einen Streik handelt. Sie wollen vor das Arbeitsgericht, und das dauert bestimmt zwei Jahre. Solange können die Arbeiter nicht warten. Sie verabreden sich für den nächsten Morgen. Wer den Betriebsrat wollen sie demontieren.

Freitag um 6 Uhr sind 300 Kollegen gekommen. Sie sind unentschlossen. Sie achten auf die Unternehmensleitung: "Im Oktober haben wir alle zusammen noch 30.000 Überstunden gemacht und jetzt sowas! Einige wissen, daß die Lagerhallen so gut wie leer stehen. Als ein Lieferwagen in den Betrieb fahren will, versperrten die Arbeiter den Weg. Einige Gewerkschaftler wiegen ab: "Wir wollen hier doch nur unsere Arbeitskraft anbieten!" und "Keine Gewalt!" Als der Lastwagen schließlich durch das Tor fährt, formieren sich die Arbeiter hinter ihm. Sie wollen rein. Einige Vertrauensleute treten dazwischen und vertragen die Kollegen. Die Bullen, die eine Ecke weiter mit zehn Mannschaftswagen stehen, brauchen nicht einzugreifen. Als ein Kollege fragt, warum die Gewerkschaft keine Urabstimmung durchführt, wird

er auf den ordnungsgemäßen Verwaltungsweg hingewiesen: "Das muß der IGM-Vorstand entscheiden." Der hatte sich am selben Tag auf eine Woche vertagt. Nach zwei Stunden ziehen sich die Arbeiter in die nächste Kneipe zurück. Dort will die Gewerkschaft Listen auslegen, in denen sich die Arbeiter eintragen sollen. Damit bevollmächtigen sie die Gewerkschaft für das Arbeitsgericht. Als die Kneipe zu voll wird, schickt ein Vertrauensmann einen Teil der Kollegen nach Hause. "Das hat ja auch bis Montag Zeit." Spontan dagegen kam die Unterstützung der Kollegen verschiedener Betriebe; sie streikten sowohl am Donnerstag, als auch Freitag mehrere Stunden aus Solidarität und begannen sofort mit Geldsammlungen für die ausgesperrten Kollegen.

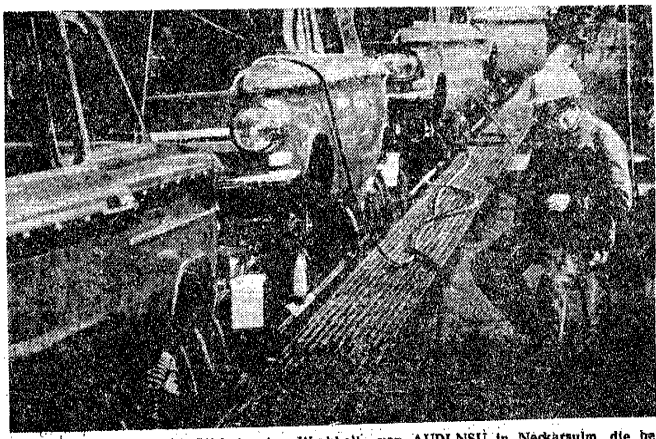
bet der letzten beiden Jahre ist das Kapital 1971 aufgrund der einsetzenden Krise gezwungen, seinen Klasseninteressen den Schleier des Gemeinwohl wazerzieren und sie offen gegen die Arbeiterklasse zu wenden. Während die stark rückläufige Konjunktur die Krise in aller Deutlichkeit ankündigt, bringt die Weltwährungskrise mit der damit verbundenen Verschlechterung der westdeutschen Exportindustrie und gleichzeitiger Begünstigung von ausländischen Importen eine zusätzliche Belastung für das westdeutsche Kapital. Die Metallindustrie ist von dieser Entwicklung in doppelter Hinsicht besonders stark betroffen: einerseits der Konkurrenzdruck durch steigende Importe (von Ende 1970 bis Ende 1971 stiegen die Stahlimporte von 20% auf 33%) und verteuerte Ex-

ren zu müssen. Die spontanen Streiks im September 1969 brachen in der Proportionalität aufgrund eines krassen Hinterherhinkens der Lohnentwicklung hinter der Profitexplosion aus. In der Tarifrunde 1970 genügten Warnstreiks noch zur Durchsetzung von Lohnforderungen von 10,5 bis 11,5%, die eine merkliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter bedeuteten. In diesem Herbst findet die Metalltarifrunde zu einer Zeit statt, da die Reallohne um 7% unter denen des Herbstes 1969 liegen und die jährliche Geldentwertung die Rekordhöhe von 6% erreicht hat. Das 4,5% Angebot von Gesamtmetall bedeutet also Lohnabbau!

Wird also die Arbeiterklasse zum Lohnkampf gezwungen, will sie keine reale Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen, so ist andererseits seit den Septemberstreiks 1969 innerhalb der Arbeiterklasse die Bereitschaft zur aktiven Vertretung ihrer ökonomischen Interessen in verstärktem Maße vorhanden. Die punktuellen Warnstreiks der diesjährigen Chemietarifrunde und die spontanen Warnstreiks auf den Versuch des Lohnabbaus bei der Metallarbeiterklasse machen deutlich, daß die Arbeiterklasse nicht mehr ohne weiteres zum Nachgeben bereit ist.

Bieten sich die reformistischen Gewerkschaftsapparate in der BRD und in Westberlin seit jeher als Ordnungsfaktoren für den Kapitalismus an, so befinden sie sich unter einer von der DGB mit gestützten sozial-liberalen Koalition in einer besonders prekären Situation. Einerseits läßt sich eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter derzeit nicht ohne Kampf gegen die Kapitalisten abwenden und die Arbeiter selber machten schon vor Ablauf der Friedenspflicht in der Metalltarifrunde mit Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft deutlich. Andererseits versteht ne Gesamtmetall, die besonders politische Schwäche der Gewerkschaften in diesem Augenblick durch offene auf die Brandregierung auszunutzen. Das zeigt das starre Festhalten an dem provisorischen Angebot von 4,5%, womit von vornherein ein Streik unausweichlich wurde, die allgemeine Stimmungsgauche gegen die SPD/FDP-Koalition in Anzeigenaktionen usw. und Schließlich die Aufforderung an die Regierung, den Konflikt auf Bundesebene beizulegen. Gerade darauf kann sich die IG-Metall jedoch nicht einlassen, denn die besonders große Kampfbereitschaft der Arbeiter in manchen Tarifgebieten läßt sich nur durch gestaffelte Tarifabschlüsse abfangen, ohne einen allgemeinen Streikkampf in der Metallindustrie zu entfesseln.

Der Kampf in Nordbaden/Nordwürttemberg erhält seine entscheidende Bedeutung für gesamten Lohnauseinandersetzungen durch die Funktion, die er im Kalibül von Kapitalisten und Gewerkschaften spielt. Ein Abschluß in diesem Gebiet wird als Orientierungslinie für die Tarifverhandlungen aller anderen Bezirke herhalten müssen. Gelingt in Nordbaden/Nordwürttemberg eine rechtzeitige Einigung - von beiden



Das Fließband steht still. Blick in eine Werkhalle von AUDI-NSU in Neckarsulm, die bestrahlt wird.



Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie findet in diesem Jahr in einer Situation allgemein verschärfter Widersprüche statt. Stärker als im Har-

porte, andererseits besteht gerade in dieser Situation der verstärkte Zwang, zur Durchführung der ohnehin anstehenden Reorganisation und Rationalisierung der Produktionsprozesse.

Diese erschweren Bedingungen der Profitrealisierung bewirken das einmalig harte Auftreten der Kapitalisten in der Metalltarifrunde, wo den Lohnforderungen von 11% das provokative Angebot von 4% entgegengestellt wird. Zugleich ergibt sich für die Betriebe die Möglichkeit, einen harten Kampf mit Aussperrungen und Streiks wenigstens teilweise mit der Notwendigkeit gedrosselter Produktion und der Umgestaltung der Produktionsprozesse zu verbinden, was sich bei Daimler in Berlin deutlich gezeigt hat.

Auf Seiten der Arbeiterklasse stellt sich in diesem Jahr zum erstmaligen seit dem Wiederaufbau nach dem Kriege die Notwendigkeit, einen Kampf allein zur Sicherstellung des Lebenshaltungsniveaus füh-

BOHRERKAMPF

Seiten, Gewerkschaften wie Unternehmer, wird deutlich eine Einigung Ende dieser Woche anvisiert und die konzertierte Einleitung der Sonderlichtung nach einer Streikwoche zeigt das - dann kann der offene Kampf in den anderen Tarifbezirken abgeboten werden, sofern die Arbeiter und

Die Stilllegung der Daimler-Zweigstelle in Westberlin macht zweierlei deutlich:

- Die Unternehmer versuchen, die Ausparazungen auch auf die Tarifgebiete auszuweiten, in denen noch nicht gestreikt wird, um die Streikfront zu brechen. Darüberhinaus können sie mit der Schließung der Betriebe, die sie als notwendige Reaktion auf die Streiks verkaufen, gesamtwirtschaftlich die ohnehin eingeplante Kurzarbeit und Entlassungswelle als Ausdruck der rückläufigen Konjunktur legitimieren. Was in Wirklichkeit offener Klassenkampf 'von oben' ist, erscheint als Sachzwang.

- Die Gewerkschaften befinden sich in einem Dilemma: einerseits müssen sie relativ hohe Forderungen stellen, nicht nur um der steigenden Inflationsrate gerecht zu werden und die Tariflöhne den Lebenshaltungskosten anzupassen, sondern auch um sich gegenüber den Arbeitern durch größere 'Radikalität' zu profilieren. Sie müssen auf die Forderungen der Arbeiter eingehen, wenn sie den Streik in der Hand behalten wollen. Andererseits müssen sie eine der Konjunkturlage, d.h. letztendlich den Interessen der Unternehmer angemessene Lösungen finden, bei der die Arbeiter nicht das Gefühl haben, beschissen worden zu sein. Die Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiter nur soweit vertreten, wie es die Interessen der Unternehmer zulassen. Deshalb die modifizierten Forderungen in den Schlichtungsverhandlungen, deshalb die zögernde Haltung hier, deshalb die Unklarheit bei den Arbeitern, was sie mit dem Streik erreichen wollen.

Die konjunkturbedingte Eskalation der diesjährigen Tarifeinmündensetzungen, die sich nicht zuletzt in den bisher durchweg ergebnislos abgebrochenen Schlichtungsverhandlungen äußert, ist auch an Westberlin nicht vorbeigegangen. Am vergangenen Donnerstag erklärte der Vorsitzende der Schlichtungsstelle Kemter die Ver-



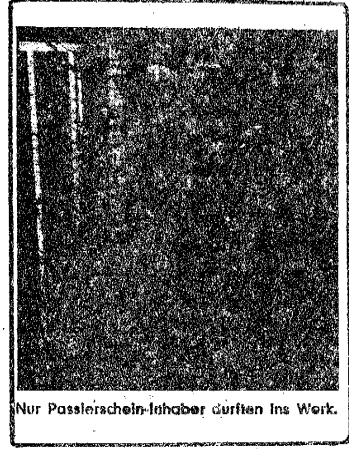
handlungen für geschlichtet. Die Unternehmer haben 6% bei zwölfmonatiger Laufzeit geboten, die Gewerkschaften 11% gefordert. Ein Schlichterspruch kam nicht zustande.

Die westberliner Metallarbeiter sind das schwächste Glied in der derzeitigen Tarifrunde. Sie verfügen über fast keine Kampferfahrung. Nur 34% aller Metallarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. In den Betrieben wurden bislang kaum Streikvorbereitungen getroffen, geschweige denn eigene Forderungen aufgestellt. Bis auf eine Funktionärsversammlung der IG Metall und drei nichtssagende Flugblätter, in denen nicht einmal die Höhe der Gewerkschaftsforderungen bekannt gegeben wurde, hat auch die Westberliner IG-Metall auf jede Streikvorbereitung verzichtet. Angesichts dieser Situation scheinen Gesamtmetall und IG-Metall folgende Taktik zu verfolgen:

Durch das Angebot von 6% Lohnenerhöhung im Schlichtungsverfahren (in Westdeutschland nicht Gesamtmetall trotz Schlichterspruch beharrlich an den vorgegebenen 4,5% fest) sollte ein Präzedenzfall geschaffen werden, um der westdeutschen Streikfront die Spitze zu brechen. Als die IG-Metall jedoch an der 7 - 7,5% Forderung festhielt, um eben dieser Taktik zu begeg-

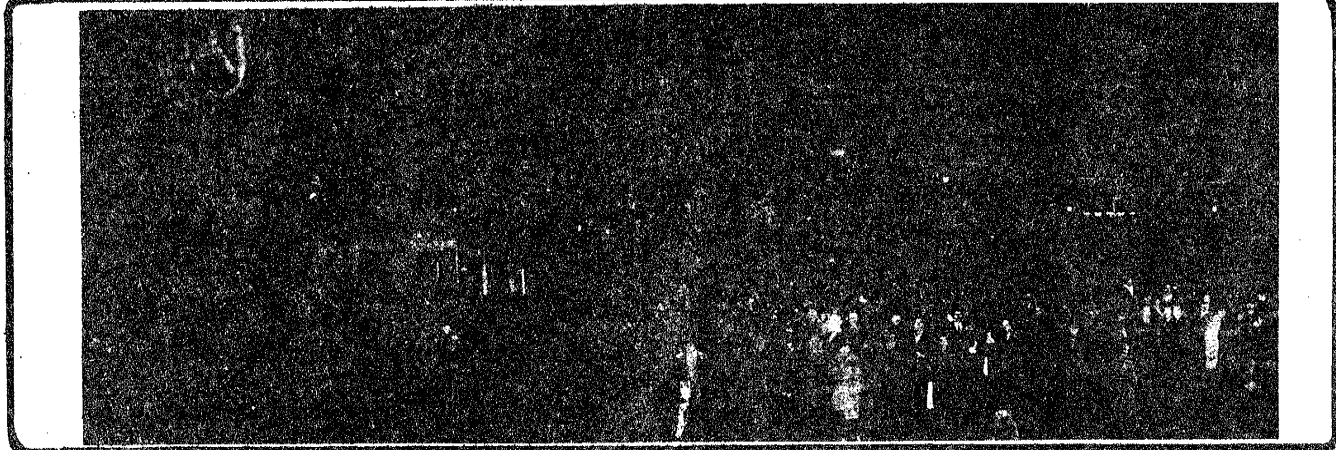
nen, wurden einen Tag vor Beendigung der Schlichtungsverhandlungen die Daimler-Arbeiter vor die Tür gesetzt, in der Hoffnung, daß nun eine breite Solidarisierungswelle der Kollegen anderer Betriebe die Gewerkschaften zwingen würde, das 6% Angebot anzunehmen, um einen unvorbereiteten und gewerkschaftlich kaum tragbaren Streik zu vermeiden. Doch mit wenigen Ausnahmen schluckten die Kollegen die Stilllegung, Nachdem dieser taktische Schritt mißlungen war, kam der Schlichter den Unternehmern zu Hilfe. Indem er auf einen Schlichterspruch verzichtet hatte, und somit auch die einwöchige Bestätigungspflichtfrist nicht mehr eingehalten werden müßte, hätte die IG-Metall für Montag die Urabstimmung festsetzen können. Doch die IG-Metall handelte genauso, als wäre ein Schlichterspruch erfüllt worden: sie vertagte alle weiteren Entscheidungen um eine Woche auf den 3. Dezember. Um den Streik in Berlin zu vermeiden, soll die Entwicklung in Nordbaden/Nordwürttemberg abgewartet werden. Die Löhne der westberliner Metallarbeiter sollen dann nach den dort ausgehandelten Erhöhungen ausgerichtet werden.

Die scharfe Reaktion des Berliner Arbeitssenators lieh auf die Stilllegung von Daimler-Benz, die ängstlichen Versuche von Schütz, den Konflikt durch Einflußnahme auf die Bundesanstalt für Arbeit die Schärfe zu nehmen und das 6% Angebot der Kapitalisten sind Ausdruck der besonderen Situation Westberlins, in der die Frontstadtideologie ('Wir sitzen alle in einem Boot') zur Schlichtung der Auseinandersetzungen herhalten muß. Nach dem Scheitern der Schlichtung in Westberlin sprach der Tagesspiegel in einem Leitartikel das aus, was der gesamten Unternehmerkategorie erst einen Sinn gibt: in Westberlin wäre es für alle Beteiligten das Beste, auf das Streikrecht zu verzichten, das Streikrecht abzuschaffen.



Nur Passierchein-Inhaber dürfen ins Werk.

die unteren Gewerkschaftsbeobachter den Streik nicht noch in eigene Hände nehmen.



Auf den ersten Blick scheint die diesjährige Metalltarifrunde sowie die Stilllegung der Daimler-Werke in Berlin für uns keine Bedeutung zu haben. 1969 hatten die spontanen Arbeitskämpfe unmittelbare Rückwirkungen auf die Entwicklung der Studentenbewegung. Denn die Studentenbewegung stand vor der Frage, wie sie ihre gesellschaftliche Isolierung überwinden und in einen Kampfbündnis mit den Arbeitern treten konnte. Dieser Versuch der Studenten, eine praktische Verbindung zu den Arbeitern herzustellen, ist während der Septemberestreiks zumist auf deren Widerstand gestoßen. Nur in Kiel gelang ein gemeinsames Vorgehen. Die streikenden Howaldt-Arbeiter wandten sich an den ASTA der Kieler Universität, nachdem ihnen von der Gewerkschaft jegliche finanzielle und technische Hilfe versagt worden war. Sie forderten von den Studenten praktische

Unterstützung in Form von Druckmaschinen, Megaphonen, Tagungsräumen usw. Den Kieler Genossen war klar, "...daß jede großspurig vorgelegte klassentheoretische Analyse zu vermeiden sei. (...) Wir erwarteten allerdings nicht, daß unsere Flugblätter oder gar der ASTA selbst zum relevanten Faktor in den Streikauseinandersetzungen werden würde... Die praktische Initiative zu dieser Zusammenarbeit war vom Streikrat ausgegangen, nicht von uns." Die Arbeiter forderten die Studenten auf, im Streikrat mitzuarbeiten, und die Streiks an der Hochschule und unter der übrigen Bevölkerung zu propagieren. Als die Studenten später vom Rektor der Universität reglementiert werden sollten, verfaßten die Arbeiter ein Flugblatt, indem sie dem Rektor androhten, ihn 'aufzuknüpfen'.

Während der Fiat-Streiks haben in Turin studentische Gruppen vor den Werksstoren Flugblätter verteilt, mit den Arbeitern diskutiert und Versammlungen abgehalten. Diese Unterstützung war notwendig, weil die Fiat-Arbeiter die Betriebe besetzt hatten und politische Aufgaben außerhalb der Fabrik gelöst werden mußten. Wader spielten sich die Studenten als Fachleute auf, die wissen, wo es lang geht, noch stapelten die Arbeiter die Stunden zu Handlangern ab. Ein Arbeiter von Fiat-Mirafiori sagte: "Vor allem müssen wir, Arbeiter und Studenten, zusammengehen, denn das zint und stärkt uns, weil die Studenten, das wissen wir sehr gut, eine wirklich revolutionäre Bewegung sind. Die Arbeiter müssen begreifen, daß die Studenten, wenn sie auf die höhere Schule und die Universität ge-

hen, schon unsere Ausbeutung verstanden. Auch die Kleinbürger, die sich für privilegiert halten, müssen begreifen, daß auch sie ausgebeutet werden: sie sind nicht mehr sie selbst! Und der Student begreift das. Wir Arbeiter müssen begreifen, daß die Studenten unsere Hauptverbündeten sein müssen, bevor sie "Büro-Menschen" werden, denn wenn sie vom Bürgertum geschluckt worden sind, werden sie Exekutoren der Ausbeutung."

Diese Zusammenarbeit ist nicht nur das Ergebnis abstrakt politischer Erkenntnisse, sondern Ausdruck einer realen politischen Situation. Der Kampf der Studenten an den Hochschulen setzte an Widersprüchen an, vor die sich jeder Student an der Universität gestellt sah: inhaltslose und für die gesellschaftliche Praxis irrelevante Studieninhalte, ideologisierte Fachausbildung, überfüllte Seminare, Individualisierung der Studenten durch Unstudiumsdruck etc. Diese Widersprüche sind bis heute nicht gelöst, und sie werden durch Reformen nicht lösbar sein.

Die Studenten sind nach wie vor konfrontiert mit wachsendem Leistungsdruck, reaktionären und inkompetenten Dozenten, Disziplinierungen durch immer ausgeklügeltere Prüfungs- und Auslesemechanismen. Das Hochschulrahmengesetz, soweit es verwirklicht wird, verschärft diese Tendenzen: nur noch mehr Verkürzung der Studienzeit und Elitistischem, Bescheidung der Stipendien und politische Unterwerfung. Eben dies

sind die Bedingungen, die den Studenten die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterklasse und all denjenigen Schichten des Volkes vor Augen führen, die der Kapitalismus ausbeutet und unterdrückt.

Die Roten Zellen werden in den nächsten Tagen in den Seminaren und Vorlesungen über den Streikverlauf informieren und Diskussionen über deren politische Bedeutung durchführen. Von der Entwicklung der nächsten Woche wird es abhängen, ob eine praktische Unterstützung der Daimler-Kollegen notwendig wird. So haben Daimler Arbeiter nach Bekanntwerden der Stilllegung spontan Geld gesammelt, Lehrer sind diesem Beispiel gefolgt, das Sozialistische Patienten-Kollektiv plant Seminalgen in den Krankenhäusern. Sollte die Gewerkschaft bzw. das Arbeitsrat den Lohnausfall nicht ersetzen, werden wir eine Geldsammlung an der Universität durchführen.

ROTZANG ★ KOSOMED
ROTZHIS ★ GSD
ROTZERZ ★ KAMPFRAT
863
HOCHSCHULKAMPF

ROTE ARMEE FRAKTION

LENINISTEN MIT Knarren



Eines der Kennzeichen der Erstarrung und Isolierung der ehemals antiautoritären Bewegung in eine Vielzahl von dogmatischen und sich selbst genugsam SEKTEN war und ist der radikale Abbruch jeglicher solidarischer Diskussion im Rahmen der gesamten linken Bewegung. In dem Maße, wie Diskussionen über andere Gruppen lediglich in ihrer Funktion als Hervorhebung der eigenen Wichtigkeit, als Denunziation einer Abweichung von eigenen, sorgsam gehüteten, einzig richtigen revolutionären Weg nur noch benutzt wurden, erklärten sich die diversen politischen Sektoren als schlichte Geschäfts- und Werbeagenturen in Sachen RICHTIGER LINIE! Es hat schon immer in der revolutionären Bewegung Abspaltungen und Fraktionen gegeben; solche Spaltungen waren niemals Grund zum Lamentieren, sofern sie ein Ausdrück dafür waren, daß die Revolutionäre sich über ihre tatsächlichen Interessen, Aufgaben und Bedürfnisse Klarheit verschaffen wollten. In solchen Fällen verstärken Spaltungen und Fraktionen den praktischen Diskussionsprozeß um die Klarheit der notwendigen und möglichen Aufgaben. Entscheidend ist jedoch, daß die verschiedenen Fraktionen ihre Praxis auf die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft beziehen, so wie sie sich vor ihren Augen abspielt und nicht, wie sie sich in ihren Köpfen ausmalen läßt.

Weiter ist entscheidend, daß ein gemeinsamer solidarischer Diskussionsprozeß überhaupt ermöglicht wird, daß hinter ihn die bornierten Organisationsinteressen der jeweiligen Fraktionen zurücktreten. Ein so verständener Diskussionszusammenhang aller REVOLUTIONÄREN GRUPPEN trägt dazu bei, die richtigen und notwendigen Momente der heutigen Fraktionen schärfer herauszustellen und so verdunkelnde, aber nicht mit dem Ziel, diese Fraktionen zu konservieren und zu verewigen, sondern sie im Prozeß der Kämpfe selbst aufzuheben.



Es kann heute nicht mehr darum gehen, daß die verschiedenen revolutionären Fraktionen sich gegenseitig bekämpfen und befeuern, ihre eigene Organisation mehr und mehr aufblähen, um dann mit einer großen Organisation RICHTIGE KÄMPFE führen zu können. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat solche mechanistischen Organisationstheorien mehr als einmal gründlich praktisch widerlegt. Für wen die Geschichte der Klassenkämpfe nicht bloß ein buntes Kostüm ist, in das man problemlos hineinschlüpfen kann, dem zeigt die Geschichte, wie unter den spezifischen historischen Bedingungen in den Kämpfen dieadäquaten Kampforganisationen entstehen, sich weiter mit den Kämpfen entfalten.

Traditionelle Organisationen

Hervorragendes Merkmal solcher Organisationen war, daß sie zugleich Kampforganisationen waren und Merkmale des sozialen Zusammenlebens, wie es in der neuen, zu erkämpfenden Gesellschaft entwickelt wird, enthielten. Gerade dieses DOPPELCHARAKTER DER KAMPFORGANISATIONEN haben die sozialdemokratischen und bolschewistischen Parteioorganisationen die verwirklichten können, weil sie lediglich eine schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur waren (un heute sind). Für sie soll nicht die kämpfende Klasse stark werden, sondern die Organisation. Mit man diese Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung für richtig hat man also erkannt, daß die DIALEKTIK VON KAMPF UND ORGANISATION die bornierte Mechanik der Parteiaufbauer praktisch immer wieder wiederholt hat, dann erklärten sich die heutigen PROBLEME der leninistischen Parteiführer als

Scheiterns. Die aussichtslosen Versuche, die ORGANISATION DES PROLETARIATS AUFZUBAUEN zu wollen, sind lediglich Anzeichen dafür, wie wenig solche Parteiaufbauer IM PROLETARIAT verwurzelt sind, wie wenig sie ihre praktischen Anstrengungen auf die wirklichen Bedürfnisse und Interessen, auf die tatsächlichen Bewegungen des Proletariats richten. Sie können es auch nicht, auch wenn sie es wollten! Denn ihr mechanistisches Organisationsverständnis, ihre Fixierung auf die bolschewistische Form der Avantgardeorganisation und der dadurch bedingten Kampf-Formen verstellte ihnen ja die Möglichkeit, die verschiedenen Ausdrucksformen der heutigen Klassenkämpfe zu erkennen und zu vorarbeiten.

Klassenkampf

Sowohl durch ihre Fixierung aus Industrie- und Dienstleistungsproletariat als auch durch ihre historische überholte formale Trennung zwischen ÖKONOMISCHEN und POLITISCHEN KÄMPFEN (+ siehe Kästen) sind die Parteistrategen auf die Vorlaufgeschichte der bürgerlich-jakobinischen Revolution fixiert, die sie in der Wirklichkeit der heutigen Kämpfe zu entdecken versuchen (natürlich erfolglos!) bzw. vorbereiten (noch erfolgreicher!). So bleibt ihnen nur noch monoton die Gebetsmühlen aus dem Arsenal der alten Arbeiterbewegung zu drehen, etwas von AVANTGARDE, DIE FÜHREN MUSS, VOM VOLK, DEM ZU GINGEN IST, VOM HELDENKAMPFEN KAMPF, DER ZU UNTERSTÜTZEN IST und von der HEILIGEN DIEBSPALTTIGKEIT Stalin-Thälmann und Genosse Pieke zu brabbeln, bis sie von den Kämpfern der neuen Arbeiterbewegung dorthin versetzt werden, wohin sie gehören: ins Museum für historische Altertümer.

Was hat das nun alles mit der RAF zu tun?

Nun, in ihrer Broschüre DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN - DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN - weist sich die RAF als eine Ansammlung von SUPERLENINISTEN, die sich von den diversen Parteileninisten nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteibücher Knarren in den Händen halten.

LENINISTEN MIT KNARREN, NICHTS WEITER! Ansonsten wiederholen sie mit simpler Naivität alle die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind, daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedenen Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen GAR NICHTS, von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteiideologischen Entstellungen begriffen haben.

ALLE DOGMATISCHEN FEHLER, DIE BEI DEN NEOLENINISTEN SO HOCH IM KUDUS SPEZIELLEN, WÄHRE DIE RAF-BROSCHÜRE AUF, LEDIGLICH IN KURZFASSUNG: PARTEILENINISMUS IM SCHNELLVERFAHREN. So sieht's dann aus: Zunächst einmal muß eine Theorie erarbeitet werden. THEORIE ist für den Leninisten, also auch für die RAF, etwas, was durch das Aneinanderreihen verschiedener aus dem historischen Zusammenhang gelöster Klassikerzitate und einiger oberflächlichen Reflexionen über die heutige Zeit zusammengeflackert werden kann. Mit einer solchen Theorie und einer Knarre bewaffnet, kann man dann die RICHTIGE Praxis machen. Was Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Mao unter jeweils konkreten historischen Bedingungen einmal gesagt haben, wird auf ein, zwei Sätze zusammengefasst und als Handlungsanleitung für heute mißverstanden.

Dieser mechanische Dualismus von der abstrakten Theorie, die die Wahrheit entdeckt und der konkreten Praxis, die dann die Wahrheit umsetzt, etwas tut durchzieht die ganze RAF Zitatensammlung, auch durch das ab und zu geäußerte Bekenntnis zur DIALEKTIK VON THEORIE UND PRAKIS läßt er sich nicht vertuschen. Mit dem in Titel der Broschüre auf den Begriff gebrachten Anspruch, DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN - DIE ROTE ARMEE AUFZUBAUEN, entwirft sich die Broschüre als Gas, um sie tatsächlich bloß sein kann: ein ekkelstizistischer Versuch, eine begonnene Praxis im nachhinein THEORIEZU

(und das heißt hier lediglich unter Benutzung ausgewählter Zitate alter Klassiker) zu legitimieren. Die RAF-Broschüre hat es also nicht geleistet, das Konzept RAF aus den tatsächlichen Bedingungen der heutigen Gesellschaft, aus den Kräfteverhältnissen und den Beziehungen der Klassen und Schichten untereinander etc. und aus der daraus absehbaren Bewegung heraus abzuleiten, sondern sie versucht lediglich, die bisher gemachte Praxis THEORETISCH zu rechtfertigen, ihr einen Platz in der revolutionären Ahnengalerie zu sichern. THEORIE VERKOMMT BEI DER RAF, WIE BEI ALLEN HEUTIGEN LENINISTEN, ZUR BLOSSEN RECHTIFERTIGUNGSDOLOGIE. Als Opfer und Teil des dogmatischen Saumpfes, in dem die Linke Bewegung inzwischen gelandet ist, konnte auch sie keinen Schritt tun ohne ihn mit Marx, Lenin- und Maozitatzen zu rechtfertigen.

Theorie - Praxis

Diesem typisch leninistischen mechanistischen Theorie-Praxis-Verständnis, typisch für die Leninisten mit und ohne Knarre, entsprechen konsequenterweise alle die Dogmen, die die heutigen und künftigen FÜHRER & FUNKTIONÄRE der Avantgarde-sekten den in ihren Dumstrecken geratemen Leuten permanent vorbeten, um sich selbst, also die NOTWENDIGKEIT VON FÜHRERIN & FUNKTIONÄREN, zu rechtfertigen. So wird also dann auch in der RAF-Broschüre aufgeführt:

- die Arbeiter können aus ihrer Situation und Lage heraus nur ein "TRADE-UNIONISTISCHES BEWUSSTSEIN (siehe Kästen) entwickeln;
- von außen muß in die Arbeiter das POLITISCHE BEWUSSTSEIN hineingetragen werden;
- eine SELBSTÄNDIGE ARBEITERBEWEGUNG kann es nicht geben, vielmehr sei es Aufgabe der Partei, den von ihr gepachteten und weiterentwickelten WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS mit der Arbeiterbewegung zu verschmelzen;
- die Massen sind erst nach der Revolution in der Lage, ihre Situation zu erkennen und den MARXISMUS-LENINISMUS zu begreifen.

All das steht in der RAF-Broschüre drin. Was die bürgerliche Lumpenpresse genugsam als ANARCHISMUS verkauft, was in den gefeierten Kommentaren von N. Walden bis zu Ch. Guggemos zu einer wahren Ekstase an anarchischen Assoziationen führt, entpuppt sich als waschechter Neo-Leninismus, - als Rechtfertigungsideologie WILD GEWORDENER LENINISTEN, denen selbst ein Parteiaufbau zu langwierig und umständlich war, so daß sie lieber GLEICH MAL RICHTIG losschlugen.

Daß einige Genossen aus dem nichtparteilichen Lager in der RAF "ihre" Theorie haben, sie als "anarchistisch" bezeichnen, spricht weder für die RAF noch für diese Genossen. Wenn eine Genossin in einer Diskussion einmal sagte: "Was brauchen wir noch eine Schulung? Lest die RAF-Broschüre, da steht alles drin!" - so zeigt das nur, wie wenig eine politische, solidarische Kritik an der RAF ist. Diesen "Leninismus der Knarre" drückt z.B. die PIZZ in Nr.9 beispieldhaft aus: Im Bericht über

Kunzelmann hieß es: "Woch habe die RAF, damit die wissen, die die Sache der Herrschenden vertreten, daß auch die Sache der Unterdrückten vertreten wird". Aber die Schamfreude der Bürger in und außerhalb der Parteien ist Teil am Platz. Und wenn schon, sie

klammert uns, und die RAF nicht. Wir haben die RAF nicht kritisiert unter dem Aspekt des Negativen Homann, der nun plötzlich seine Liebe für Rosa Luxemburg entdeckte und der RAF im "Spiegel" vorwirft, sie VERLEIHE Genossen. (Wobei man Homann noch zugute halten sollte, daß er im eigenen Interesse versucht, sich optimale Verhandlungsbedingungen für seinen künftigen Prozeß zu sichern.)

Es geht uns in der Kritik auch nicht darum, daß Ulrike nun klar zu machen, wie intelligent sie doch sei und in was für eine abenteuerliche Gesellschaft sie da geraten sei, wie es Renate Riemek im letzten "Konkret" tut. Beide male wird so argumentiert, als sei die RAF-Konzeption ein Produkt von ausgeklüppelten Spinnern; eine solche Kritik drückt lediglich die Distanz von Homann und Riemek zur heutigen linken Bewegung aus.

Für uns heißt die Kritik an der RAF NOTWENDIGE KRITIK AN GENESSEN. Wir kritisieren bewußt das Konzept der RAF und nicht ihre augenblickliche



Praxis, die sich anhand des staatlichen Terrors lediglich noch auf Überlebensaktionen reduziert. Wir halten die Diskussion über das RAF-Konzept für notwendig als Diskussion über die Strategie der heutigen Linien. Die Verzetzungprodukte der antiautoritären Bewegung, sowohl die Studentenparteien als auch die Schwarzen Zellen, Pizz, etc. haben die RAF lediglich dazu benutzt, entweder mit einer dogmatisch-bornierten Ablehnung oder mit verballhornter Zustimmung ihre eigenen Probleme zu vertuschen; beide, die leninistischen Studentenparteien und die leninistische RAF sind dogmatisch erstarrte Restprodukte der antiautoritären Bewegung, und ihre ÜBERWINDUNG wird eines der Momente sein, die die NEUE ANTLAUTORITÄRE BEWEGUNG freisetzen wird.

Gegen den Leninismus

Wir bekämpfen politische den Leninismus in allen seine Spielarten, weil wir in ihm ein entscheidendes Hindernis für die Entfaltung einer AKTIVEN, PHANTASIEVOLLEN BEWEGUNG sehen, die sich dadurch auszeichnet, daß in allen GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN die unmittelbar Betroffenen beginnen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpferisch durchzusetzen.

Die Leninisten der RAF und die Leninisten der Studentenparteien ignorieren die Ansätze einer solchen Bewegung, oder sie nutzen sie in ihrem Parteinteresse aus (Nieten, Schulen, Betriebe, Uni usw.). Ohne sich auf solche konkreten

Praxisansätze einer selbständigen Bewegung zu stützen, diese zu verstärken oder eingreifend zu verändern, machen sie nach ihren eingefahrenen Denkrastern POLITIK. Die Parteistrategen rekurrieren auf das ganze Arsenal der traditionellen Arbeiterbewegung, auf die versteinerten Formen einer vergangenen Zeit, um mit möglichst großen roten Fahnen, mit zahlreichen Propagandatricks und vielen Bildern und Zitaten der alten Führer sich als die neue REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG zu präsentieren.

Fortsetzung S. 9

INTERNATIONALE INFORMATION & KORRESPONDENZ

NRI	425	NR 2	ca. 40 S.
KRITIK DER PL/PI		LINKSKOMMUNISMUS IN	
STREIKBEWEGUNGEN		DER WEIMARER REP.	
GEWERKSCHAFTSFRAGE		BENAUUT 71	
KRITIK AN MANDEL		ARBEITSTEILUNG &	
		KLASSENBEWUSSTSEIN	
		ARBEITERBEWEGUNG IN USA	

FOR THE ANALYSIS OF THE WORKING CLASS & UNDER DEVELOPMENT OF THE WORKING CLASS

FORTSETZUNG:

ROTE ARMEE Fraktion

Die RAP greift ins Waffenarsenal, um mit ihren Aktionen den Anschein zu erwecken, die Massen würden sie begreifen, sich mit ihnen identifizieren und in diesen Aktionen...



Che sagt, wir sollen Maß in Energie umsetzen. Das bedeutet, daß wir eine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen, woher und wegen wir unsere Energie einsetzen...

Gewalt

Wir müssen uns also innerhalb der Bewegung solidarisch mit den Genossen aussprechen, nicht die Gewalt letzten Endes romantisieren, den Klassenkampf auf ein großes Pfadfinderspiel reduzieren...

Avantgarde

Die RAP verkürzt diese Problematik darauf, daß der Kampf ausschließlich von bewußten Willen der von den Massen isolierten Stadtguerilla abhängt...

Natürlich machen nur die Menschen die Geschichte, aber sie machen sie unter vorgefundenen Bedingungen. Wer auf die gründliche Analyse der vorgefundenen Bedingungen verzichtet...



ES GIBT NICHT ZWEI VERSCHIEDENE KLASSENKÄMPFE DER ARBEITERKLASSE, EINEN ÖKONOMISCHEN UND EINEN POLITISCHEN, SONDERN ES GIBT NUR EINEN KLASSENKAMPF...

Die einzigen, die heute noch an diesem Dogma festhalten, sind die Leninisten aller Schattierungen. Das müssen sie auch tun, denn nur so können sie für sich selbst einen Platz in den Klassenkämpfen sichern...

Kurz die Vorgeschichte

Bei der letzten Betriebsversammlung bei Opel-Rüsselsheim machten vor allem die ausländischen Arbeiter dem Hanschen Betriebsrat einen Strich durch die Rechnung...

+Schluß mit der Unterprivilegierung der ausländischen Arbeiter!

+ 1 DM mehr für alle!

Als dann auch noch deutsche Arbeiter von Rednerpult aus drohten, den Kapitalisten bei der Erfüllung der Forderungen mit einem Warnstreik nachzuhelfen, verlor der Betriebsrat den Überblick...

Bevor irgendein ausländischer Kollege vor dem Mikrofon zu Worte kommen konnte, erklärte er die Versammlung für geschlossen und ließ die Techniker die Mikrofone abbauen...

15 ausländische und 6 deutsche Arbeiter wurden entlassen.

Die Entlassenen haben inzwischen einen Brief an alle Kollegen geschrieben, der in 1.000 Exemplaren im Werk herumgegeben wurde. Darin fordern sie alle Kollegen zum Kampf gegen die Entlassungen auf...

Die VERTRAULICHKEITSLICHTUNG unter Herrn Späth hat wie wir gefordert haben, abgelehnt, eine Fortsetzung der Versammlung zu den Entlassenen einzuberufen...

ARBEITSGERICHTS-PROZESS --ENTLASSUNGEN BEI OPEL-RÜSSELSHEIM

Beim "Gütertermin" vor dem Arbeitsgericht Darmstadt, bei dem versucht wird, einen faulen Kompromiß zwischen Kapitalist und rangverweirten Kollegen zu finden, kamen einige Arbeitstätige zuhause...



juristischen Blödsinn nicht akzeptierte. Beim Kollegen Backhausen meinte der Richter: "das könne er nicht verstehen, der sei schon 15 Jahre bei Opel..."

Es soll noch immer hier und da welche geben, die an demokratische Rechtsgrundgedanken oder ähnlichen der Welt glauben. Bei solchen Verhandlungen wird klar, daß in Gerichtssaal im besten Fall faule Eier gelegt werden...



Advertisement for Tina Putt, featuring a tree logo and text: 'SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ', 'Sprachrohr der Kollegen und Genossen...', '1 Berlin 31 Holzschische Straße 17', 'Telefon 86 2193', 'Öffnet von 19.30 - 5 Uhr'.

Klassenkampf

CHILE

EIN JAHR DANACH...

Seit einem Jahr, seit dem 4. November 1970, besteht die chilenische Union Popular (U.P.), die Volksfront. Obwohl die U.P. bei den Wahlen nur 36,3 % der Stimmen bekam, brachte dieses Ergebnis - vor allem wegen der Zersplitterung der Rechten - Allende und die Volksfront an die Regierung. Die zurückgelegte Zeitspanne ist zwar kurz, aber doch reich genug an Erfahrungen, um eine vorerst natürlich noch vorläufige Schlussfolgerung ziehen zu können.



Die letzten Ereignisse in Bolivien, die härter werdenden Haltungen der Regierungen Uruguays, Argentiniens und Brasiliens gegenüber Chile, die heftigen Pressekampagnen in den USA anlässlich der Vertretlichkeiten von UI-Gesellschaften, das sind nur die offensichtlichsten Tatsachen, die sich immer drohender gegenüber dem chilenischen Experiment erweisen. Um die Schwierigkeiten der chilenischen Linken zu erörtern, müssen wir noch weitere Hindernisse aufzählen: Putschversuche der Rechten, eine unsichere Armee, Sabotage und Kapitalflucht chilenischer Industrieller, denn ein weitgehend noch von reaktionären Funktionären besetzter Regierungs- und Verwaltungsapparat, die einseitig an ausländische Kapitalinteressen (vor allem US-Kapital) ausgerichtete Wirtschaft, die allgemeine Unterentwicklung des Landes.

Die Regierung versucht ihr Programm in die Praxis umzusetzen: einen ersten Schritt zum Aufbau des Sozialismus, und zwar des "via chilena", also des "chilenischen Weges" (zum Sozialismus) zu tun, wie Allende schnell hinzufügt.

- Die Volksfront unter Allende besteht aus sechs Gruppen, und zwar:
1. Partido Socialista (P.S.) Sozialistische Partei,
2. Partido Comunista (P.C.) Kommunistische Partei,
3. Partido Social Democratico (P.S.D.) Sozialdemokratische Partei,
4. Partido Radical (P.R.) Radikale Partei,
5. Movimiento de la Accion Popular Unitaria (M.A.P.U.) Bewegung der geeinten Aktion des Volkes.
6. Movimiento de la Accion Popular Independiente (A.P.I.) Bewegung der unabhängigen Aktion des Volkes.

Im ökonomischen Bereich sieht das Programm der Union Popular die Schaffung von drei Bereichen des Eigentums vor: privates, gemischtes (halb privat, halb staatlich) und staatliches Eigentum, deren Abgrenzungen jedoch noch nicht genau festgelegt worden sind. Für den Moment besteht der Bereich des staatlichen Eigentums - der Kern der zukünftigen sozialistischen Wirtschaft - aus einer Parität bei den "verstaatlichten" Banken, weiterhin wurden Teile der Textil- und Nahrungsmittelindustrie in den staatlichen Bereich eingegliedert. Die Kupfer, Eisen und Salpeterminen werden bei der Zahlung von enormen Abfindungen ebenfalls "nationalisiert".



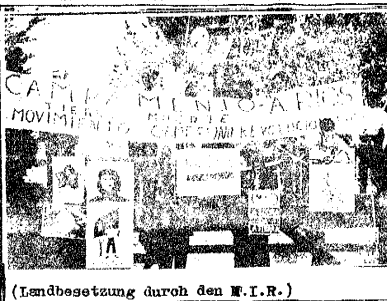
Was den Bereich des privaten Eigentums betrifft, hat die Regierung eine "Produktionsschlacht" ausgerufen, die darauf abzielt, dass die Arbeiter "für das Vaterland und die Regierung des Volkes" mehr produzieren. Andererseits hat die Regierung den Unternehmern empfohlen trotz der Anhebung der Löhne und des Preisstopps die Fabriken auf vollen Touren laufen zu lassen, um dabei "normale" Gewinne zu erzielen. Hier der von Allende beschriebene Mechanismus: "... das Unternehmen muss die Lohnerhöhung auffangen, auch wenn der Gewinn für eine produzierte Einheit geringer wird, und zwar indem man durch mehr produzierte Einheiten, die unausgelasteten Kapazitäten gebrauchend, die Gewinnschmälerung ausgleicht..." Wie ein guter bürgerlicher Wirtschaftsfachmann entwickelte Allende am 4. Februar des Jahres diese Gedanken.

Die Produktionsschlacht verläuft nicht ohne Schwierigkeiten, da die Bourgeois gegenüber der "Volksregierung" nicht immer gerade Verständnis aufbringen und andererseits sich die Arbeiter immer wieder folgende Frage stellen: Ist es überhaupt möglich, mit den gleichen Unternehmern, die in Rechtsputachen gegenüber der Regierung verwickelt sind, Abschwungen zu treffen? Und, warum sollen wir nicht selber die Dinge in die Hände nehmen? Beispielsweise sagen die Arbeiter einer Stahlfabrik: "In der jetzigen Lage sind wir bereit mehr zu produzieren, aber nur unter der Bedingung, dass die Kontrolle der Produktion von den Arbeitern und nicht von dem Unternehmer ausgeht wird." "Mehr produzieren, aber unter Arbeiterkontrolle!" das war eine Parole dieser streikenden Arbeiter. Ein Kampfparole, die anfängt, bei den kämpferischsten Teilen der Arbeiterschaft an Boden zu gewinnen.

Bis jetzt hat die Regierung auf zweierlei Art bei Konflikten in den Betrieben eingegriffen: - die Unternehmer sabotieren offen die Produktion, die Fabrik macht Pleite. Die Regierung "enteignet" diesen Bereich und stellt ihn unter staatliche Kontrolle. - In den anderen Fällen kommt man zu Kompromisslösungen, die die Vorstellungen und Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen, denn die Arbeiter verlangen die Entsendung. Und das, unter abstrakten Vorwänden, wie den des "nationalen Interesses" und anderen.



Es ist auf dem Land, wo die Regierung die größten Schwierigkeiten gefunden hat, um ihr Programm, das sich in diesem Bereich auf ein Gesetz der Agrarreform beschränkt und schon unter der Regierung Frei in Kraft trat, durchzuführen. Der Boycott und der aktive Widerstand der Grossgrundbesitzer gegenüber den Funktionären, die mit der Agrarreform beauftragt sind, hat die Unzufriedenheit der Kleinbauern, Arbeiter und Arbeitslosen provoziert, die darauf mit einer Welle von "illegalen" Landbesetzungen geantwortet haben und damit genau die Unzulänglichkeiten und Beschränkungen der Massnahmen, die durch das Gesetz vorgesehen sind, aufgezeigt haben. Zudem kommt, dass sich die Staatsfunktionäre nach dem Buchstaben des Gesetzes halten und sich als "Brosen" erweisen.



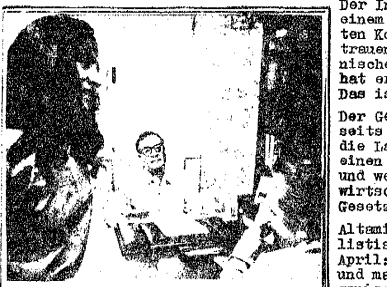
(Landbesetzung durch den M.I.R.)

Die von dem Movimiento Izquierdo Revolucionario (M.I.R.) durchgeführte Agitations- und Organisationsarbeit bei den Bauern und Landarbeitern ist so wirkungsvoll, dass sich diese Beispiele der Mobilisierung wie ein Ölfleck vom Süden in die Mitte und den Norden des Landes ausbreiten.

Wie waren die offiziellen Stellungnahmen der Regierung zum Problem der "tomas de tierra" (Landbesetzung)?

Ein Bauernführer der Provinz Linares wandte sich in einer öffentlichen Versammlung mit folgenden Worten an Allende: "Genosse Präsident, wir wollen keine Konflikte schaffen, was uns interessiert, das ist die Produktion und gerade in den 'fundos' mit weniger als 80 Hektar, die die Agrarreform nicht trifft, dort sind die Landaufgaben, die schlechte Nutzung und der Verstoß gegen die Sozialgesetze am häufigsten. Das zwingt uns das Land zu besetzen, um die Produktion zu erhöhen." Die Antwort Allendes: "Wir sind nicht in der Lage, den ganzen Boden zu enteignen. Ausserdem gibt es viele Eigentümer, die keine anderen Mittel zum Lebensunterhalt haben. Auch verstößt die Besetzung des Landes gegen das Eigentumsrecht."

Allende: "Sind Sie Mitglied der Union Popular?" Bauer: "Ich bin Sympathisant." Allende: "Sind Sie, Sie haben keine Verpflichtungen. Aber ich muss mich auf das Programm der U.P. beschränken. Ich erinnere Sie daran, dass seit 20 Jahren nicht mehr von Landenteignungen die Rede war. Jetzt nutzen Sie aus, dass es keine Verfolgung gibt..."



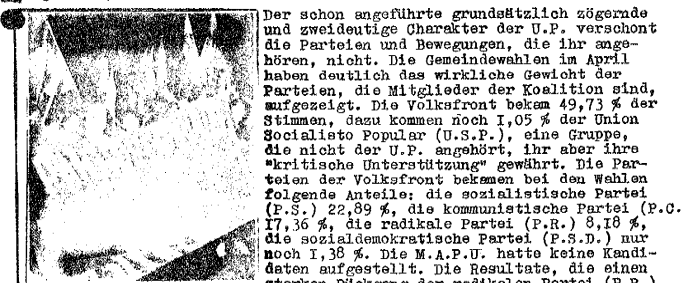
(Allende, Debray und seine Frau.)

Der Innenminister seinerseits sagte in einem am 13. Februar 71 veröffentlichten Kommuniqué: "Die Regierung hat Vertrauen in das Bewusstsein der chilenischen Arbeiter und Bauern. Deshalb hat er keine Strafmassnahmen eingeleitet. Das ist kein Ziehen von Schwächen." Der Generalsekretär der KP sagte seinerseits am 17. Februar: "Wir billigen die Landbesetzungen nicht, weil wir einen Kompromiss mit dem Land haben und weil wir die Entwicklung der Landwirtschaft innerhalb der Grenzen des Gesetzes weiterführen werden."

Altamirano, Generalsekretär der sozialistischen Partei, bestätigt am 21. April: "Man muss den opportunistischen und masselosen Forderungen, den unorganischen Besetzungen der Fabriken und Ländereien ein Ende bereiten."

Nelson Gutiérrez, einer der Führer des M.I.R. sagte am 30. Mai: "... die Aktivität der Bauern auf den momentanen Inhalt der Agrarreform beschränken wollen, das bedeutet die Aufgabe und den Verzicht der Mobilisierung dieses wichtigsten Bereichs der Bauernschaft und des kändlichen Proletariats, das bedeutet einfach die Zersplitterung der Bauernbewegungen, die Schwächung des gesamten revolutionären Prozesses." Und: "Der Konflikt erreicht die wichtigsten städtischen Industriezentren, die Arbeiter müssen immer radikaler ihre Meinung, dass man die Enteignungen in der Industrie erweitern sollte und dass man dabei die Arbeiterkontrolle über die Produktion entwickeln müsste."

Sach die Union Popular den Aufbau des Sozialismus nur über das autoritäre Konzept der "verstaatlichten" Wirtschaft, und nicht das, der echt vergesellschafteten, das heisst einer den Arbeitern selbst gehörenden und von ihnen direkt verwalteten Wirtschaft, vorstellen kann, das liegt eben auch an der Zusammensetzung dieser Volksfront. Schliesslich sind Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien durchaus alte Forderungen der Sozialdemokratie, siehe dazu zum Beispiel des Programms der englischen Labour-Party. Sozialismus zur Verstaatlichung und Verstärkung der Staatsgewalt beschränken, das sind die traditionellen, über sozialdemokratischer, und in der Praxis auch leninistischer Konzeptionen, wenn auch letztere durch andere Ursachen bedingt sind.



Die kommunistische Partei Chiles: die älteste und bedeutendste Südamerikas.

Der schon angeführte grundsätzliche zögernde und zweideutige Charakter der U.P. verschonte die Parteien und Bewegungen, die ihr angehören, nicht. Die Gemeindevahlen im April haben deutlich das wirkliche Gewicht der Parteien, die Mitglieder der Koalition sind, aufgezeigt. Die Volksfront bekam 49,73 % der Stimmen, dazu kommen noch 1,05 % der Union Socialista Popular (U.S.P.), eine Gruppe, die nicht der U.P. angehört, ihr aber ihre "kritische Unterstützung" gewährt. Die Parteien der Volksfront bekamen bei den Wahlen folgende Anteile: die sozialistische Partei (P.S.) 22,89 %, die kommunistische Partei (P.C.) 17,36 %, die radikale Partei (P.R.) 8,18 %, die sozialdemokratische Partei (P.S.D.) nur noch 1,38 %. Die M.A.P.U. hatte keine Kandidaten aufgestellt. Die Resultate, die einen starken Rückgang der radikalen Partei (P.R.) und der sozialdemokratischen Partei (P.S.D.) aufzeigten, hatten zur Folge, dass die Minister der P.R. ihren Rücktritt einreichten, die jedoch von Allende abgelehnt wurden.

Aber die endgültigen Ergebnisse der Aprilwahlen werden erst im August wirklich spürbar, als sich die Polarisation einerseits durch das Wachsen der traditionellen Arbeiterparteien und andererseits im Anschwellen der reaktionären nationalen Partei (Partido Nacional, P.N.) abzeichnet. Die nationale Partei, die 1967 14,3 % der Stimmen bekam, erhöht jetzt auf 20 %. Die Polarisation hat auch bei den Parteien der Volksfront, die die Mittelklassen vertreten, deutliche Folgen gezeigt. (Fortsetzung S. 11)

OBLONOW KNEIPE IN DER FLEISCHEREI HAUBACHSTR. 7 GR. BIER 1,-

10

DOKTOR KROCK HOLZKOHLENGRILL 3,50 PIZZA 4,60 STAEK m SALAT 2,50 MASCHLIN GUTSCHEIN WERT 0,00 DM FÜR ESSEN VON MINDEST 2,50 DM VON 0,70 DM

Westberliner Buchladen Kollektive KEINE PRIVATEN PROFITE UNTERSTÜTZUNG DES ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPFES Das Politische Buch (Berlin) 15, Lützowstr. 99 Tel. (031) 883 25 53 Buchladenkollektiv an der TU 1 Berlin 12, Savignyplatz 5 Tel. (031) 313 99 83

Fortsetzung: CHILE...

EIN JAHR DANACH

Die radikale Partei (P.R.), die ihren 25. Kongress am 31. August abschloss, billigte politische Texte, in denen sich die Partei als sozialistische und revolutionäre Partei bezeichnet...



Reaktionäre: Frei und Tomic.

Gleichzeitig erfuhr die christlich-demokratische Partei (Partido Cristiano Democrático, P.C.D.), die bei den Präsidentschaftswahlen einen Verlust von 100.000 Stimmen hinnehmen musste...

Andererseits verlor die M.A.P.U. die meisten ihrer bekannten Führer, darunter Chonchol, den Minister der Landwirtschaft. Diese treten zur Bewegung der christlichen Linken (Movimiento Izquierda Cristiana, M.I.C.) über...

sie teilen die marxistischen Thesen der jetzigen Führung nicht, sie neigen eher den christlich-humanistischen Gedanken zu, wie sie im M.I.C. vorhanden sind. Obwohl Chonchol somit nicht mehr Mitglied der Volksfront ist, belässt Allende ihn in seinem Ministeramt...

Hier ein Beispiel für die starke Position, die sich der M.I.R. auch auf den Universitäten geschaffen hat. Anlässlich der Wahlen zur Studentenförderung in Santiago beschloss der M.I.R. den Kandidaten der Volksfront zu unterstützen...

Dafür noch ein anderes Beispiel. Am Anfang Dezember 70 stellt der M.I.R. an der Universität von Concepcion, (wichtigstes Zentrum im Süden des Landes) ein Komitee ein, um Kandidaten der Volksfront zu unterstützen...

Die Bewegung auf dem Land während der Monate Januar und Februar und der Erfolg der Kampfkraften des M.I.R. in der Arbeiterschaft riefen heftige Kontroversen mit der KP hervor...



che.

Der Übergang von einer vorrevolutionären Situation wie sie jetzt in Chile herrscht zu dem entscheidenden Kampf für die ganze Macht der Arbeiter muss notwendigerweise über die Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiter laufen...

Diese "traditionelle Treue" hat die Armee nie gehindert auf das Volk zu schossen: 1907 wurden mehr als 2.000 Arbeiter, Frauen und Kinder im San Pablo Santa Maria A Tiquique ermordet...

und Studenten, in den Strassen von Santiago erschossen, am 11. März 1966 wieder 8 Tote und 60 Verletzte in den Kupferminen von Salvador. Der alte Arbeiterführer G. Blest, der ein besseres Gehältnis als manche "Interessensvertreter der Arbeiter" hat, meint: "das sind nur ein paar der Angriffe, die die Armee immer wieder gegen das Volk gerichtet hat."

Die revolutionäre Linke arbeitet schon seit einiger Zeit an der Infiltrierung niedriger Armeeeinheiten und kümmert sich darum, eine entsprechende militärische Infrastruktur aufzubauen. Aber die Rechte ist auf diesem Gebiet weiter. Die Vervielfachung faschistischer Gruppen wie "Patria y Libertad", "Grupo Anticomunista", "Flech" (kein Ausverkauf Chiles) usw. zeigen, dass die Rechte keine Zeit verliert und einen grossen Einfluss auf die höheren Armeeeinheiten ausübt...

Die Abschaffung des Kapitalismus ist nur über die sozialistische Revolution möglich. Die bolivianischen Arbeiter haben schon daran erinnert: "Nationalismus nein, Sozialismus ja!" und "keine Versprechungen, wir wollen Waffen!" In Chile stellt sich in einigen Bereichen des städtischen wie ländlichen Proletariats die gleiche Frage...

Das Beispiel Bolivien ist ein gutes Lehrstück, was die Bewaffnung der Arbeiter betrifft. Solange die Massen haben, die ernstlich die Bourgeoisie gefährden, nicht von organisiertem Mobilitätswesen und Bewaffnungen der Arbeiter begleitet sind, sind die gesamten wohlgemeinten Anstrengungen nur der Arbeiterbewegung, welche Anstrengungen die Sozialdemokratie unternimmt...

Kommen wir zur wirtschaftlichen Aktualität zurück. Was soll man von den Verstaatlichungen und Abfindungsgeldern bei den Kupferminen halten? (It. Allende brachte die Kupferminen jetzt 80% der chilenischen Devisen ein und machen über 20% des Haushalts aus.) Zuerst muss gesagt werden, dass die Höhe der Abfindungen vom Nationalen Kontrollamt (Controloria General de la Republica) festgelegt wird...

Wir haben jetzt schon erfahren, dass ein Vertrag unterzeichnet wurde, nach dem die Zulieferung, Unterhaltung und Instandhaltung des Materials für die Ausbeutung der Kupferminen ausschliesslich an die Cerro Sales Company übertragen wird. Diese Gesellschaft ist nichts anderes als eine Milliarde der verstaatlichten Mutterfirma Cerro Corporation! Der Vertrag lautet auf monatlich mindestens 50.000 Dollar und setzt fest, dass bei einem Konflikt der Streitfall der Kompetenz eines Gesetzes des Staates New York unterliegt...

Am Beispiel Togliattigrad

Unter Sozialismus versteht Marx nicht nur die Enteignung des kapitalistischen Privatgutes an Produktionsmitteln, sondern, gestützt auf die veränderten Produktionsverhältnisse, eine Umwälzung der gesellschaftlichen Beziehungen, der Menschen zueinander. Für die sozialistische Revolution, die zunächst in einem rückständigen Land einsetzt, vor es eine Frage auf Leben und Tod, ist möglichster kurz Zeit die notwendige Industrialisierung durchzuführen...

Als die Fiat-Arbeiter im Juni dieses Jahres darauf drängen, über den Rhythmus der Arbeit selbst zu bestimmen, wurde die Beteiligung mit dem Hinweis, dass in Togliattigrad nach den gleichen Richtlinien produziert wurde, Anfang September begann sich nun eine Delegation der GÖL - des von den Kommunisten geführten grossen Gewerkschaftsverbandes Italiens - unter Führung ihres Sekretärs Mario Diño, auf einer Studienreise in die Sowjetunion. Nach ihrer Rückkehr richtete das italienische Wochenmagazin "Espresso" einige Fragen an Diño...

wästlichen Ursprungs, italienisch, deutsch und selbst amerikanisch. Dies ist durch die Tatsache bedingt, dass die ganze Einrichtung auf Grund von Plänen und unter der Aufsicht der Techniker der Fiat-Werke durchgeführt wurde. Was freilich verwundern muss, ist, dass nicht nur die technische Einrichtung, sondern auch die Arbeitsorganisation von Fiat übernommen wurde...

Die Antwort des Unternehmers, dass unsere Forderungen unerschöpflich sind, weil die Führer der Sowjetunion in Togliattigrad ihnen nicht Rechnung tragen. Hier liegt offenkundig ein Irrtum oder ein Mangel an Weisheit vor, als sich mit der Konstruktion des neuen Betriebes beschäftigten: sie schickten ihre Techniker aus, um die modernsten Betriebe des Westens zu studieren, aber dachten nicht daran, Kontakt mit den Gewerkschaften dieser Länder aufzunehmen...

Frage: Haben Sie diese Fragen auch mit den sowjetischen Gewerkschaftsführern diskutiert? Antwort: Ja, dies erfolgte, in lokalem und zentralem Massstab. Es waren offene und öffentliche Diskussionen und ich muss sagen, dass die erste Reaktion auf ihrer Seite vor allem Überraschung war, ich würde in der Sowjetunion die gewerkschaftliche Partei sich keine Rechenschaft abgeben haben, welche Probleme die Arbeitsorganisation von Togliattigrad für uns aufweist...

Advertisement for '883' newspaper, featuring a star logo and contact information for the Berlin office.

Advertisement for '883' newspaper, featuring a star logo and contact information for the Vienna office.

Woher kommen die richtigen Ideen?



Termine!

Im HANDS DRUGSTORE Berlin 30 Metzstr.30 Tel. 2111 409

Gruppen, die noch Leute suchen, zum Mitmachen:
DONNERSTAG 20 Uhr: Lehrlingsgruppe
SAMSTAG 19 Uhr: Emanzipationsgruppe
SONNTAG 20 Uhr: Sospol
SONNTAG 16 Uhr: Rote Zeile Homosexuelle

Außerdem plant das Hand in Dezember:
THERAPENGEMEINSCHAFT
GEPÄNGEL
FILMGRUPPE
NEUE KONZERTION
VIELE FILME
SCHULENLADENGRUPPE

Dann noch; es hat sich eine Schillertheatergruppe gebildet, sie wird am 4. Dez. Generalprobe machen, zwei Tage später, am 18.12. PREMIERE!!!
Dann noch: Kreuzberger Straßentheater und Filmakademie bereiten Programm vor für Januar.
Am 7.12. ist in der DRUSCHENBE, PALZBURGERSTRASSE 20, eine Veranstaltung zum Thema: ANARCHISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS. (Her.: Charly die Ente, Coraf. Hoerst, die Neersau)

Kommunistische Gruppe an der PH:

- arbeitskreis 1 planwirtschaft und arbeiterselbstverwaltung Montag 20.30 bou Chr. Meyer 44, Sonnenallee 101 T. 6864130
 - arbeitskreis 2 klassenanalyse im spätkapitalismus Montag 18 Uhr PH Raum 2210
 - arbeitskreis 3 historischer vergleich der pädagogischen Konzeption von Ferrer und Makarenko Dienstag 17 Uhr PH Raum 144
- 16.12. TU-Audimax 20 Uhr
Der Ksv macht ein teach-in zur Frage: Sollen wir die Revolution nicht doch noch um ein halbes Jahr verschieben?

Manne HEADSHOP
berlin wilmerdorf
slamaringer strasse 12
Mo-Fr 19-20 Uhr

TIFFANY IST ALLES: QUATSCHBUDE, BIERKNEIPE + PIZZERIA WARM UND GEMÜTLICH FÜR JEDEN ETWAS UND BILLIG: GROSSE PIZZA DM 2,90, GR. BIER DM 1,20, SANGRITA mit FRUCHTEN DM 1,80
TIFFANY'S IST ALLES
MOTZSTR. 60 in SCHÖNEBERG

NEW TIMES
G.I.-Kneipe
Kneipenscheinliches alte Flurkneipe
Zur A. 24 und A. 22 (Lichterstraße)
Kneipe: Ordebrunn, Gessa, Soul
Essen: Hippocampus, Chillsuppe...
Geöffnet Mittags bis vier Uhr
Sonntag: Sonntags erst ab 9 Uhr
Für Genossen und Studenten!

Bestellschein!
Vor und Zurücknahme
Wohnort _____
Straße _____
Vierteljährlich: 5 Ausgaben 4,- DM
Halbjährlich: 10 " 7,- DM
anzustreichen

Bestellschein an Adresse im Impressum schicken.
Auf separaten Zettel, wie für den Bestellen, kann!

abonniert!
Ja
Freunde doch

KLEIN-ANZEIGEN

EHRENRETTUNG

Der Genosse Semler war nicht, wie die FIZZ Nr. 9 geschrieben hat, der Abwiegler bei der Beschlagnahme der 883 vor der TU - im Gegenteil!!! Ohne den Christian wären wahrscheinlich nicht einmal die 40 rausgekommen. Den Abwiegler kennen wir sehr gut: ein dümmlicher Superanpasser.

JKLb.

Frage an Radio Eriwan:
Wieviel Genossen haben eigentlich die Daimler-Benz Arbeiter bei der (schwachen) Protestaktion unterstützt? Wurden Aktionen unternommen oder wenigstens geplant? Hat wenigstens 1 (ein) Genosse nach den Adressen der Besse gefragt?
Antwort:
Im Prinzip sind Ihre Fragen berechtigt, aber können Sie sich nicht - zum Teufel! - um Ihren eigenen Scheißdreck kümmern?

Spontan-Redaktour pass gut auf und bau nicht noch mal solche Scheiße. Was soll so ein Quatsch, Genossen Ihre Arbeit zu sabotieren??
Hj.kt, P.

Nun mal ein Wort von guten LENIN: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (geschweige denn einen Staat verwalten)!!"
Und Paulus an die Thess.: "... so jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen!"
"Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!" (Vorzassung aus Russ. Soz. Anzeiger, 1916)
...tsch!!!!!!!

AUS DEM SITZUNGS-PROTOKOLL DES KRISES DES BUNDES DER KOMMUNISTEN IN (Paris) vom 9.3.1948

"Marx schlägt vor, daß alle Mitglieder ein rotes Band tragen. Einstimmig angenommen.
Nach Schappers Vorschlag wird angenommen, daß einer ein blutrotes Band für alle knäuen soll, B. Sizx wird hiermit beauftragt."

An die Genossen, die in ihrer tollwütigen Theatretresserei die Buchbestände der Volksbibliotheken ausplündern werden von 883 letztmalig aufgefordert, die entliehenen Bücher zurückzugeben. - Besondere Otto soll endlich BAWANIN'S Briefwechsel mit HERZEN DRGAR JDF zurückgeben. Privatskizzen nicht Volkseigentum!

Staatsraison

Bei der Wahl des Präsidenten der diesjährigen Generalversammlung der UNO wurden gegen den Außenminister Indonesiens nur 3 Stimmen abgegeben. Man muß also annehmen, daß fast alle von Kommunisten geführten Staaten für Malik gestimmt haben. Auf einem der drei abweichenden Stimmentzettel wurde die Gegenkandidat Aldit genannt - der errotdote Führer der indonesischen Kommunisten. War es der Vertreter Albanien oder Kubas, der in diesem Fall Soldatruhr vor Staatsraison ergoßen ließ?
In Indonesien sind vor sechs Jahren 500.000 Kommunisten niedergemetzelt worden. Oder waren es nur 450.000? Wer bietet wemlos?

aus: WIENER TAGEBUCH, Nov. 1944.

Verzweiffelungstat nach Mieterhöhung

Stockholm (UP). In einer bescheidenen Mietwohnung in Stockholm fand die Polizei in der Nacht zum Freitag eine 73jährige Frau, deren 70 Jahre alter Mann lag mit lebensgefährlichen Verletzungen in der Badewanne. In einem Abschiedsbrief wurde die Tat mit einer Mutterkammer begründet: "Unser Miete ist um das Doppelte erhöht worden. Wie wollen in unserer Wohnung bleiben, aber sie wollen uns keine Sozialunterstützung gewähren. Und was für unsere Anwesenheit, hoch zu im Großstadtstaat. Das Mann hatte nach Ansicht der Polizei selbstmordet - seine Frau mit einem Messer getötet und danach versucht, Selbstmord zu begehen."

Kneipe in Kreuzberg
Oranien-Ecke Luckauerstrasse
geöffnet ab 20.00

STIEGE

Grosses Pils!
DM 1,20

Eintopf
herrliche Reisgerichte

ROTER PUNKT
ALLE GERÄNKE 1DM
ASSER WHISKY 2,-
+ BARCARD 1,50
HAUSENSTR. AUSERHAUS
geöffnet von 9-10-5 Uhr
99% LEIDICHE

gumpoam
DÄLSEM-DORF KÖNIGIN-LUISE STR. 4C
NEBEN DÜRENS BUCHLADEN
U-Bahn A 66, 70, 71